

PROTOKOLL

über die 37. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 12. Oktober 1995, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps, Edith Radmoser

STADTRÄTE:

Franz Rohrauer, Gerhard Bremm, Hermann Ruprecht, Karl Holub, Dr. Tilman Schwager, Ing. Othmar Schloßgangl, Franz Straßer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Strobl, Leopold Tatzreiter, Marco Vanek, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: VOM AMT:

Kurt Apfelthaler, MD Dr. Kurt Schmidl, Anna Jeloucan, OMR Mag. Helmut Golda, Felicitas Baue,r
OMR Mag. Helmut Lemmerer Helmut Oberreiter, Gerald Hackl, Ulrike Fuchs, Günter Fürweger,
Walter Gabath

PROTOKOLLFÜHRER:

Hans-Dieter Götz, OAR. Anton Obrist, Richard Gollatsch, Heidi Wagner, Brigitte Lohnecker, Klaus Jansky, Engelbert Lengauer, Wilhelm Spöck

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
3. Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates
4. Angelobung eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates
5. Bildung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat
6. Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat
7. Behandlung von allfälligen Fragen
8. Mitteilungen des Bürgermeisters
9. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
10. Verhandlungsgegenstände
11. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 9 der Tagesordnung:

Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Schu-109/94 Schulerhaltungsbeiträge für öffentliche Berufsschulen; Vorauszahlungsrate 1995.
- 2) Bau2-2430/92 Parkdeck Bahnhof; Abschluß von Verträgen mit den österreichischen Bundesbahnen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

3) Fin-45/93 Integrationsprojekt für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 1995.

4) SH-658/93 Seniorenpaß; Änderung der Ausgabevoraussetzung ab 1996/96.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

(nicht anwesend, Berichterstatter StR. Ing. Schloßgangl)

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

5) VerkR-128/95 Aussetzung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Stadtgebiet über die Mittagszeit; Umrüstung der Parkscheinautomaten (PSA).

6) VerkR-5629/92 Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzone im Stadtgebiet der Stadt Steyr; Verlängerung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst Chwoyka & Co KG.

7) BauStr-396/94 Ausbau der Gußwerkstraße BA 3 vom Gußwerk II bis zur Mannlicherstraße.

8) BauGru-56/95 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 92 - BMW - Österreich Holding GesmbH.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

9) Umw-28/94 Umweltbericht 1994.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

10) GHJ1-6/95 Ankauf von Ersatzbatterien für Wetrok Scheuersaugautomaten Triomatic 813 - Sporthalle Tabor.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

11) Pers-1453/91 OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Änderung in der Zusammensetzung des Sicherheitsausschusses.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung, stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und daß mir als Protokollprüfer die Gemeinderäte Hans Payrleithner und Wilhelm Spöck gemeldet sind. Beide Herren nehmen diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt haben sich: Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, Herr STR. Roman Eichhübl, Herr GR. Brandstötter, Herr GR. Bachner und Herr GR. Huber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren.....

ZWISCHENRUF BETREFFEND DIE ABWESENHEIT DES HERRN DI. FRANK MUNDORFF:

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bei mir hat er sich nicht gemeldet. Ich nehme dies jetzt als Meldung hin.

Zu Punkt 2) - Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates - darf ich folgendes mitteilen:

Herr Stadtrat Direktor Dkfm. Mag. Helmut Zagler teilte schriftlich mit, daß er mit 11. 10. 1995 auf die Ausübung seines Stadtsenats- und Gemeinderatsmandates verzichtet. Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Steyr kommen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, möchte ich noch einmal den politischen Werdegang des „ausgeschiedenen“ Herrn Stadtrates Dkfm. Mag. Zagler in Erinnerung bringen.

Herr Stadtrat Zagler wurde am 6. 11. 1979 zum Gemeinderat der Stadt Steyr angelobt. Am 17. Mai 1990 erfolgte seine Wahl zum Mitglied des Stadtsenates. Zunächst war er stadträtlicher Referent für Umweltschutz, Verkehr, Planung, Stadterneuerung sowie der Mülldeponie. Im November 1991 wurden ihm die Ressorts Finanzen und Personalwesen übertragen, die er bis zu seinem Ausscheiden erfolgreich führte. Er war im Finanz- und Rechtsausschuß, im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, im Verkehrsausschuß sowie im Umweltausschuß rege tätig, wie die anderen Mitglieder dieser Ausschüsse sicher bestätigen können. Ich möchte ihm für seine Tätigkeit als äußerst aktives Mitglied unseres Gemeinderates, und zudem war er oft in den Debatten herausragend und wortgewaltig tätig, ganz herzlich danken.

Viele Jahre im Steyrer Gemeinderat, viele Ideen sind von ihm gekommen, er hat hier immer mit Engagement seine Überzeugungen vertreten, und er hat aber auch neben dieser oftmals kontroversiellen Diskussion, auch über die Grenzen der Fraktionen hinaus, ein gutes und konstruktives Verhältnis gepflegt. In der Steyrer Rundschau ist gestanden: „Helmut, du wirst uns fehlen.“ Ich kann „Dem“ eigentlich nichts hinzufügen. Ich würde das für meine Person jedenfalls auch so sagen und gehe davon aus, daß das auch viele in unserem Gemeinderat so empfinden.

MAG. DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geehrte Damen und Herren!

An einem denkwürdigen Tag, an dem die Koalition gescheitert ist, Neuwahlen ins Haus stehen, könnte man meinen, es war so geplant mit meinem Ausscheiden, so ist es jedoch reiner Zufall. Denn durch unser Wissen unterscheiden wir uns nur wenig, in unserer grenzenlosen Unwissenheit sind wir alle gleich. Ein Wort von Sir Karl Popper. Und so setze ich als ein „Gleicher“ aus dieser ihrer oder unserer Mitte eine lange Tradition von Mitgliedern des Gemeinderates fort, aus gesundheitlichen, beruflichen und privaten Gründen das Mandat zurückzulegen. Eine viel kürzere Tradition ist es, daß einem Gast, wie es heute ich bereits bin, ermöglicht wird, an die Runde, der er jahrelang angehört hat, Worte zu richten. Ich möchte mich für diese Möglichkeit auch bedanken.

16 Jahre für die Gemeinschaft, für die Stadt Steyr, für ihre Bürgerinnen und Bürger, für die Gäste unserer Stadt, für unsere Region, für unser Land, für die Republik in gewählter Funktion tätig gewesen zu sein, benötigte viel Arbeit und brachte auch reiche Erfahrung. Und auch Erfolge, auch Irrtümer, aber auch Mißerfolge. Keine Angst, ich werde sie nicht quälen mit Aufzählungen all jener mühsamen Stadtsenatsdebatten, Teilnahmen an Fraktionsobmännerbesprechungen um tragfähige Mehrheiten zustande zu bringen, wo nicht immer die politische Meinung im Vordergrund stand, sondern die Vernunft, die Ratio. Die erfolgreiche Moderation im Personalbereich, eine neue schlanke Organisationsstruktur aufzubauen, die Arbeitszeitflexibilisierung einzuleiten und die betriebliche Fortbildung und Personalentwicklung zu begründen, möchte ich ihnen aber nicht vorenthalten. Daß ich moderne, leistungsfreundliche Beförderungsrichtlinien und die Entwicklung des betrieblichen Vorschlagswesens bald aus der Zuschauerloge verfolgen kann, hoffe ich inständig. Die Reorganisation der städtischen Darlehen wurde von den Experten ebenso anerkannt, wie der eingeleitete Budgetkonsolidierungskurs, der die ausgabenorientierte Dynamik entscheidend eingebremst hat. Sowohl im August, als auch bei der letzten Budgetbesprechung konnten hier die Zahlen für diesen Erfolg sprechen. Die Stadt ist nicht über beide Ohren verschuldet und hat vor allem eines nicht! Nämlich, sie hat keinerlei Schulden ausgegliedert extern irgendwo versteckt, wie das in anderen Kommunen, in anderen Gebietskörperschaften ja heutzutage schon zum guten Ton gehört. Was nicht gelungen ist, ist der Abbau der Umlagezahlungen an das Land. Zum Teil in sehr unverschämter Höhe, sowie die Dynamisierung der Projektzuschüsse aus Mitteln des Bundes, des Landes und anderer Gebietskörperschaften. Es würde den zeitlichen Rahmen sprengen, alle Meilensteine in dieser meiner 16jährigen Zeitreise von der gelungenen Revitalisierung des Alten Stadttheaters bis zu der in Kürze erfolgenden Eröffnungsfeierlichkeit des Lehrganges PMT, der Fachhochschule Steyr, aufzuzählen. Es sind viele Meilensteine dabeigewesen, ich hab schon erwähnt, nicht immer Dinge, die man in der Nachbetrachtung positiv kommentieren kann, aber subsumierend überwiegen die guten Dinge. Trotz aller Versuche, Mißliebigkeiten rasch zu vergessen, sind es drei Dinge, die mir besonders störend vorkamen, die ich deswegen auch in dieser meiner Abschiedsrede bekanntgeben möchte.

Das Fehlen von Alternativvorschlägen in den meisten Amtsberichten, die es eigentlich den Politikern und damit uns ermöglichen sollten, aus mehreren guten Ideen, die beste herauszufiltern. Das Zweite, vielleicht noch wesentlichere: Die Nebenberuflichkeit eines Stadtrates unter wirklich miserablen Arbeitsbedingungen für einen mehr als Full-Time-Job. Sie kennen diese meine Wortmeldungen in den letzten Jahren zur Genüge, und ich höre nicht auf, auch nach dem Ausscheiden, dafür zu kämpfen, daß sie bessere Arbeitsbedingungen bekommen, als die, die mir zur Verfügung gestanden sind. Und das Dritte, das Verkennen des Statuts, das an und für sich für Steyr eine Konzentrationsregierung vorsieht, aber im Stadtsenat von blau/schwarz als Oppositionsbühne benutzt wird. Dieser permanente Wahlkampf hat mich letztlich ausgepowert. „Takt besteht darin, zu wissen, wie weit man zu weit gehen darf“. Nachdem ich zuerst einen Konservativen mit Sir Karl Popper zitiert habe, möchte ich Jean Cocteau als einen sehr profilierten Linken hier zitieren, und ich hoffe, er traf diese Aussage und sie hat Gültigkeit für meine häufigen Wortmeldungen, für meine vielen Zwischenrufe und für viele Handlungen, die ich hier gesetzt habe. Auf Abruf, auf Anfrage, stelle ich meine Erfahrungen gerne zur Verfügung. Ich werde aber der Versuchung widerstehen, unverlangt

Belehrungen abzugeben, vor allem auch über Medien Schelte hier zu geben, wenn ich eine andere Meinung habe. Politik ist wie die Kunst, oftmals schwer zu verstehen. In diesem Sinne bleibe ich politischer Mensch, und in diesem Sinne bleibe ich auch in meiner sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft. Zu meinem Abschied habe ich einen Wunsch: „Das niemand denken, sagen oder schreiben wird, nur die Lücke die er hinterließ, konnte ihn ersetzen.“ Ich bitte sie, weiter für Demokratie, für Steyr und für die Bevölkerung zu arbeiten. Danke schön.

APPLAUS

Herr Bürgermeister Leithenmayr überreicht Herrn Mag. Dkfm. Zagler ein Geschenk.

MAG. DKFM. HELMUT ZAGLER:

Wünsche viel Erfolg.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Aufgrund des eingelangten Mandatsverzichtes des Herrn Stadtrates Mag. Dkfm. Zagler, ist daher in der heutigen Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr als neues Mitglied des Gemeinderates Herr Gerhard Bremm anzugeloben.

Die Gelöbnisformel lautet wie folgt:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Ich ersuche nunmehr Herrn Gerhard Bremm, sich von seinem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe.“ zu leisten.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Verehrte Damen und Herren! Als Punkt 3) ist die Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates vorzunehmen. Durch die Zurücklegung des Stadtsenatsmandates von Hrn. Mag. Dkfm. Helmut Zagler, ist nunmehr die Neuwahl für die Funktion notwendig. Ich ersuche zur Durchführung der Wahlhandlung um die Teilnahme von vier Wahlzeugen, wobei es in der Vergangenheit immer üblich war - ich schlage vor, daß wir das auch jetzt so tun - ,das jeweils an Lebensjahren jüngste Mitglied jeder einzelnen Gemeinderatsfraktion mit dieser Funktion zu betrauen. Sollte diesem Vorschlag zugestimmt werden, so wären dies von der SPÖ-Fraktion Frau Gemeinderätin Ingrid Weixlberger, von der ÖVP-Fraktion Herr Gemeinderat Wilhelm Spöck, von der Fraktion der Freiheitlichen Herr Gemeinderat Günter Fürweger und von der GAL-Fraktion Herr Gemeinderat Marco Vanek. Danke sehr.

Die Damen und Herren haben hier diese Funktion übernommen.

Von der SPÖ-Fraktion wurde mir für die Wahl der Funktion eines Stadtsenatsmitgliedes Herr Gemeinderat Gerhard Bremm, statutengemäß schriftlich versehen mit den erforderlichen Unterschriften, vorgeschlagen. Wahlberechtigt hierfür sind nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeindefraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich. Ich bitte nunmehr, die Wahlhandlung durchzuführen und bitte die Stimmprüfer, das Wahlergebnis zu ermitteln.

DIE MANDATARE DER SPÖ-GR-FRAKTION WERDEN IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE ZUR STIMMABGABE AUFGERUFEN: DIE VIER STIMMPRÜFER ERMITTELN DAS WAHLERGEBNIS UND GEBEN ES DEM BÜRGERMEISTER BEKANNT.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Wahlergebnis lautet: 12 Pro-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Ich danke Herrn Mag. Golda und den Wahlprüfern für die Durchführung des Wahlvorganges.

Herr Stadtrat Gerhard Bremm ist somit gewählt. Ich gratuliere dem neu gewählten Stadtrat herzlich und ersuche ihn, zur Angelobung vor den Gemeinderat zu treten.

Verehrter Stadtrat, die Gelöbnisformel für Stadträte lautet: „Ich gelobe, die Bundesverfassung, die Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“.

Ich ersuche sie, Herr Stadtrat Bremm, dieses Gelöbnis abzulegen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke herzlich und gratuliere noch einmal.

APPLAUS

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich komme nun zu Punkt 5) - Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse und Änderungen in der Zusammensetzung.

Bedingt durch den Wechsel in der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion und die Neuwahl des Herrn Stadtrates Gerhard Bremm, ist auch eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse bei der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion notwendig geworden. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für eine Neuwahl der Ausschußmitglieder seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion übermittelt, der in den ihnen vorliegenden Listen über die Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse bereits entsprechend berücksichtigt und eingearbeitet ist. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse, ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der ebenfalls nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind. Wenn sie einverstanden sind, meine Damen und Herren, brauche ich nicht die gesamten Listen vorzutragen, sie liegen ihnen vor.

Einverständnis ist vorhanden?

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung zum eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Die Änderung ist somit einstimmig beschlossen. Ich bedanke mich herzlich.

Unter Punkt 6) ist hier eine Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat vorzunehmen.

Unter diesem Tagesordnungspunkt ist, auch bedingt durch die personellen Änderungen im Stadtsenat und im Gemeinderat, eine Änderung notwendig. Seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wurde mir hierfür ein Vorschlag übermittelt, der anstelle des ausgeschiedenen Herrn Stadtrates Dkfm. Mag. Helmut Zagler, Herrn Stadtrat Gerhard Bremm neu vorsieht. Entsprechend den Bestimmungen des o.ö. Objektivierungsgesetzes, ist der diesbezügliche Beschluß durch den gesamten Gemeinderat zu fassen.

Ich ersuche daher um diesbezügliche Abstimmung über die Neubestellung des Herrn Stadtrates Gerhard Bremm zum Mitglied im Personalbeirat als Vertreter des Dienstgebers und bitte nunmehr, hier die Abstimmung vorzunehmen. Ich darf fragen, wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist? Der gebe ein Zeichen.

Danke sehr.

Wer ist gegen diesen Vorschlag? Danke.

Wer übt Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung. (FP)

Die Wahl in den Personalbeirat ist hier mit Stimmenmehrheit erfolgt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt Nr. 7).

Diesen würde die Behandlung allfälliger Anfragen betreffen. Solche sind diesmal keine eingegangen.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters (Pkt. 8) darf ich ihnen berichten:

Zunächst über die Entwicklung unseres wichtigsten Verkehrsprojektes, der Stadt Steyr - Nordspange.

Vom Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, Dr. Rudolf Streicher, habe ich Anfang Oktober die Zusicherung erhalten, daß das Bundesdenkmalamt, das vor einigen Wochen per Bescheid ein rund 60.000 m² großes Areal der Steyr-Daimler-Puch AG im Stadtteil Münchenholz unter Schutz gestellt hat, weil dort ein Siedlungsareal aus der römischen Spätkaiserzeit vermutet wird, mit den vorgesehenen Suchgrabungsarbeiten beginnen zu können.

Für die Stadt ist diese Zusage insofern von besonderer Bedeutung, da die Trassenführung der Steyrer Nordspange über einen Teil dieser Fläche führt und die Grabungen des Bundesdenkmalamtes rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten in diesem Bereich abgeschlossen sein müssen.

Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß die Vorbereitungsarbeiten und in weiterer Folge der Bau der Nordspange, nicht behindert wird.

Das Bundesdenkmalamt wird am kommenden Montag, den 16. 10. 1995 mit den vorgesehenen Grabungen beginnen und falls tatsächlich historisch wertvolle Funde gemacht werden, können diese sichergestellt werden. Diese Arbeiten müssen bis spätestens 1997 abgeschlossen sein, da ab 1998 ein Teilbereich dieses Areals von den Baumaßnahmen im Zuge der Nordspangen-Errichtung betroffen sein wird.

Seitens der Bundesstraßenverwaltung wurde jedenfalls bereits zugesichert, vorerst die Kosten für die Grabungstätigkeiten zu übernehmen und dem Bundesdenkmalamt für die Grabungen auch Hilfspersonal zur Verfügung zu stellen. Damit steht einem Beginn dieser Arbeiten praktisch nichts mehr im Weg.

Weiters darf ich ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß ich vor wenigen Tagen einen Brief des Herrn Landesrat Hiesl erhalten habe, mit der Mitteilung, daß er erste S 5. Mio., zur Vorbereitung des Bodens der Baugründe zur Errichtung der Nordspange, freigegeben hat. Es sollen dort Bodenuntersuchungen, Bohrungen etc. in diesem Bereich, wo die Brücken zu errichten sind, vorgenommen werden. Es kommt also jetzt tatsächlich zu den ersten Maßnahmen, die in der Natur stattfinden, und es werden dann auch im Laufe des heurigen Jahres die Grundablöseverhandlungen begonnen werden.

Eine weitere Mitteilung darf ich ihnen machen, die mich sehr freut. Es betrifft nämlich hier den mehrjährigen Wunsch der Stadt, auf dieser niederen Ennsterrasse eine Schrebergartensiedlung zu errichten, in Münchenholz, flußabwärts von den bekannten Kematmüller-Gründen. Zum einen ist dieser Wunsch deswegen vorhanden, weil ja einige Schrebergärten weichen müssen, wenn die Nordspange kommt und darüber hinaus gibt es auch von seiten der WAG immer wieder den Wunsch, hier Ansiedlungen herbeizuführen. Es ist dies gerade im Interesse der Münchenholzer, aber auch anderer Steyrer Bürgerinnen und Bürger, daß solche Flächen zur Verfügung gestellt werden, und es kommt auch sehr darauf an, mit welchem Rechtsverhältnis das verbunden ist, weil ich ja kein Geheimnis verrate, daß die gegenwärtigen Schrebergärten in diesem Bereich, alle nur aufgrund von sogenannten Gestattungen basieren, d.h., in Wirklichkeit gibt es kein Recht, dort zu bleiben. Die Leute haben aber zum Teil große Investitionen durchgeführt und daher wird hier eine bessere

Rechtssituation, entweder durch langfristige Pachtverträge oder durch Kauf, gesichert sein und wir werden dort in diesem großen Bereich, sicherlich für Jahre hinaus - wie ich das beurteile - jedenfalls aus diesem Teil der Stadt entsprechende Grundstücksreserven vorfinden.

Ich möchte zum Budget, jenem Thema, das die österr. Innenpolitik zur Zeit am meisten bewegt, aber nicht dazu, sondern zum Budget in Steyr, einiges berichten. Mit der Vorstellung des Beamtenentwurfes der Stadt Steyr für das Budget 1996, der - wie vereinbart - vergangenen Samstag (7. 1. 1995) den Vertretern der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen präsentiert wurde, fiel der Startschuß für die Budgetverhandlung. Dieser Entwurf sieht im o. H. Ausgaben von 938 Mio. Schilling vor und wird somit grundsätzlich der Vorgabe gerecht, den Ausgabenrahmen des Vorjahres, trotz Preissteigerungen und Erhöhungen bei den Pflichtabgaben, nicht zu überschreiten oder jedenfalls nicht wesentlich zu überschreiten.

Im o. H. wurden im Entwurf 139 Mio. Schilling budgetiert, was gegenüber dem Voranschlag 1995 eine Reduktion um rund 45 Mio. Schilling bedeuten würde. Vorerst noch nicht enthalten sind allerdings die Kosten für die Hallenbadsanierung sowie die Errichtungskosten für den Neubau des Fachhochschulgebäudes, da diese auch noch nicht exakt feststehen.

Der Beamtenentwurf, der unter anderem eine Reihe von weiteren Sparmaßnahmen, etwa auch im Personalbereich, vorsieht, stellt die Basis für die Beratungen innerhalb - und in weiterer Folge - zwischen den Fraktionen dar. Diese Arbeitsgrundlage wird natürlich noch, wie ich das beurteile, wesentliche Veränderungen erfahren, bis sie dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Zunächst wird es die Gespräche zwischen den Geschäftsbereichsleitern und den politischen Referenten geben. In weiterer Folge wird hier eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz das Thema weiterberaten und es ist auch so, daß dann eigentlich erst die offizielle Budgetklausur des Stadtsenates und des Vorsitzenden der GAL-Fraktion stattfinden wird. Die Termine sind bereits fixiert. Angesichts des äußerst engen finanziellen Spielraumes sind alle Stadtsenatsmitglieder gefordert, in ihren Aufgabenbereichen Prioritäten zu setzen und nur das absolut Notwendige auch tatsächlich in das Budget einfließen zu lassen. Das Verantwortungs- und Kostenbewußtsein der Mandatäre wird dabei stark gefordert sein.

Ein vernünftiges und finanzierbares Budget ist jedenfalls nur dann realisierbar, wenn alle politischen Mandatäre Bekenntnisse zu einem neuerlichen Sparbudget, auch in den Teilbudgets ihrer Zuständigkeitsbereiche, zum Ausdruck bringen und von unfinanzierbaren Wünschen und Forderungen Abstand nehmen.

Meine Damen und Herren, in welchem Ausmaß dies stattfindet, wird sich bereits bei einer dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenzen abzeichnen und ich hoffe, daß es uns in dieser politisch doch recht aufgeheizten Situation, aufgrund des Geschehens auf Bundesebene, zeitgerecht gelingen möge, ein Budget für diese Stadt auszuverhandeln, das hier auch eine entsprechende Mehrheit bekommt.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kann ich Positives berichten. Es ist so, daß die Gesamtsumme der arbeitslos vorgemerkten Personen im September 95 sich verringert hat und zwar gegenüber dem Vergleichsmonat 1994 um 540 Personen oder 6,4 %. Derzeit sind in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk 2.762 Personen als arbeitslos vorgemerkt, was eine Arbeitslosenquote von 6,6 % ergibt. Wir liegen damit, wie wir heute auch wieder vom Herrn Landeshauptmann bei der Eröffnung der Messetage gehört haben, um nahezu 2 % höher als der oberösterreichische Durchschnitt, der allerdings besser als der österreichische Durchschnitt gelagert ist. Derzeit befinden sich 539 Personen in vom Arbeitsmarktservice-Steyr geförderten Schulungsmaßnahmen. Das sind auch um 20 % mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Das heißt also, daß hier massive Bemühungen stattfinden um die Leute höher zu qualifizieren und wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Unter Punkt 9) möchte ich sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die ihnen mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Und damit werde ich den Vorsitz schon an die Frau Koll. Mach abgeben, um hier die Verhandlungsgegenstände behandeln zu können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Im ersten Antrag sollen hier Beschlüsse über die Vorauszahlungsraten der Schulerhaltsbeiträge für öffentliche Berufsschulen gefaßt werden und es ergeht aufgrund der vorliegenden Unterlagen der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) Schu-109/94 Schulerhaltsbeiträge für öffentliche Berufsschulen; Vorauszahlungsrate 1995;

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA. f. Schule und Sport vom 4. 9. 1995 wird beschlossen, um die 4. Vorauszahlungsrate betreffend den Bau- und Einrichtungsaufwand für öffentliche Berufsschulen in Höhe von S 1.009.469,-- begleichen zu können, den verbleibenden Kreditrest bei der VAST. 1/2200/751000.3 in der Höhe von S 213.000,-- von dieser Voranschlagstelle auf die VAST. 1/2200/771000.9 zu übertragen und gleichzeitig bei der letztgenannten Voranschlagstelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 682.000,-- zu bewilligen. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung soll durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln erfolgen.

Ich bitte sie um Debatte bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf vorausschicken, daß wir diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung erteilen. Ich darf aber meine Wortmeldung dafür benützen, Herrn Bürgermeister aufzufordern, den Gemeinderat zu informieren und mitzuteilen, für welche Ressorts die sozialdemokratischen Stadträte, im Interesse einer geteilten Arbeit, in Zukunft verantwortlich sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Das hat eigentlich mit dem Antrag nichts zu tun.

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Antrag selbst ist keine Bemerkung gemacht worden. Frau Vizebürgermeisterin hat schon gesagt, daß es hier aufgrund des Prozederes nicht möglich ist, gleichzeitig im Gemeinderat auch den Geschäftsverteilungsplan des Stadtsenates zu beschließen. Hierfür ist der Stadtsenat zuständig und es wird daher erst im nächsten Stadtsenat eine Beschlußfassung darüber möglich sein. Ich bitte um Verständnis, daß das eben so ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag für die Schulerhaltungsbeiträge. Wer für den Antrag ist, der gebe ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Jemand dagegen?

Keine Stimmenthaltung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einem Übereinkommen mit den Bundesbahnen, welches nämlich die Finanzierung und die Handhabung bei der Errichtung der Bahnhofsüberbauung vorsieht. Der Antrag liegt den Mitgliedern des Gemeinderates vor und wurde bereits im Stadtsenat behandelt, beraten und auch beschlossen. Dieser Antrag behandelt also die seit langem gewünschte Errichtung der Bahnhofsüberbauung, die ja das Schlüsselprojekt zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes unserer Stadt ist. Es geht dabei, wie wir oft genug festgestellt haben, um die Zusammenführung der Schiene mit dem Busverkehr und auch mit dem Individualverkehr, weil dort, in diesem Rahmen, auch der Busbahnhof und natürlich auch rund 200 Parkplätze errichtet werden sollen. Der Antrag selbst lautet:

2) Bau 2-2430/92 Parkdeck Bahnhof, Abschluß von Verträgen mit den Österreichischen Bundesbahnen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA. f. Privatrechtsangelegenheiten vom 26. 9. 1995 wird dem Abschluß von Verträgen mit den Österr. Bundesbahnen zur Finanzierung der Errichtung sowie zur späteren Erhaltung des Parkdecks Bahnhof Steyr in der beigeschlossenen Form unter der Bedingung zugestimmt, daß die noch einzuholende Begutachtung dieser Verträge durch das Bundesministerium für Finanzen für die Stadt positiv, d.h. ohne Gefahr einer Umsatzsteuerzahlung ausfällt.

Ich bitte darüber zu debattieren bzw. Beschluß zu fassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall! Wer für den Antrag ist, der gebe ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen den Antrag? Jemand Stimmenthaltung? Danke. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich gebe das Wort wieder an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Frau Vizebürgermeisterin Mach ihre Anträge vorzubringen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Im ersten Antrag geht es um das „Integrationsprojekt für In- und Ausländer“, um das Zusammenleben von in- und ausländischen Bürgern der Stadt Steyr zu verbessern und die menschlichen Beziehungen zwischen Österreichern und Ausländern der Stadt Steyr zu fördern. Der Antrag lautet:

3) Fin- 45/93 Integrationsprojekt für In- und Ausländer - Mittelfreigabe

Der GR. möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. f. Soziales vom 17. 8. 1995 wird der Caritas der Diözese Linz zur Fortführung des Projektes „Paraplü“ eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 150.000,-- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/4291/757000.4 freigegeben. Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung von 21. 12. 1994 beschlossenen 10%igen Kreditsperre gelangen von o.a. Betrag lediglich 90 % zur Auszahlung.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet hat sich der Hr. Koll. Spöck und anschließend Hr. Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Verehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die vier Hauptaufgabenbereiche von „Paraplü“, die im Vertrag mit dem Bundesministerium für Inneres abgeschlossen wurden, sind die Konfliktregelung als erster Punkt und als zweiter Punkt, die Schaffung von Kontakten und Begegnungsmöglichkeiten zwischen In- und Ausländern. Der dritte Punkt dieses Vertrages behandelt die Koordination bestehender Einrichtungen und die Öffentlichkeitsarbeit. Lt. dem uns vorliegenden Tätigkeitsbericht gab es in den letzten Monaten drei

größere Konflikte, die Dank „Paraplü“ geregelt werden konnten. Seit September 1994 gibt es monatlich einen sogenannten interkulturellen Stammtisch, wo jeder, unabhängig von der Rasse, der Religion und der politischen Einstellung, willkommen ist. Ein besonderes Anliegen von „Paraplü“ ist auch die Toleranzentwicklung und Information über kulturelle Unterschiede. Dies geschieht durch Besuche in Schulen, Vorträge bei Vereinen und Diskussionsrunden. Man könnte diese Aktivitäten noch fortsetzen. Ein Bericht ist den Mitgliedern des Gemeinderates zugegangen. Ich glaube daher, daß eine Berechtigung für die Förderung, zumindest für die Projektmindestlaufzeit von 3 Jahren, besteht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Hr. Kollege Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Wertes Präsidium, meine lieben Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bitte vorerst um Entschuldigung und Verständnis, daß meine Stimme heute nicht die schönste ist, aber es kommt offenbar davon, wenn man sich gegen Grippe impfen läßt.

Die Wortmeldung, die ich ihnen hier vorzutragen habe, möchte ich einmal mit einem grundsätzlichen Bekenntnis einleiten: Nämlich, daß sich die Caritas im Sozialbereich großartige Verdienste erworben hat und erwirbt und daher meine spätere Stellungnahme keineswegs an der Arbeit der Caritas als solcher eine Kritik darstellen soll, sondern einfach nur an dem hier vorliegenden Projekt. Ich will noch kurz darlegen, warum ich mich hier nicht mit diesem Antrag anfreunden kann.

Das Wort „Paraplü“ schreibt sich ja an sich - mir ist nichts bekannt von einer entsprechenden französischen Rechtschreibnovelle - etwas anders und bedeutet nichts anderes als Regenschirm. Es ist nur eine Kleinigkeit. Das Problem ist nämlich hier, insbesondere in Steyr, daß sich unsere Mitbürger österreichischer Herkunft langsam in den Regen gestellt vorkommen, gegenüber den doch immer mehr überhandnehmenden Ausländern, die auch im Straßenbild nicht immer angenehm auffallen. Ich verweise nur auf einen Umstand: Wir kennen alle hier am Stadtplatz die nicht gerade angenehmen Geräusche, die von den Bettelmusikanten produziert werden. Wenn sie aber wissen, wie diese Leute hier auf den Stadtplatz hereinkommen, wie die hier verteilt werden, das ist gar nicht uninteressant. Die kommen konzentriert mit 2 PKW, die sie beim Schiffmeisterhaus parken, her und gehen, nicht gerade im Gleichschritt aber im Marsch, in geordneter Form bis zum Postamt Grünmarkt und dort werden sie von zwei Leuten verteilt. Bei warmen Wetter sitzen diese zwei Leute, der eine hat meistens ein weißes Hemd und einen blauen Pullover an, der andere meistens eine Lederjacke und beobachten ganz genau, ob diese Fiedler und sonstigen Geräuscherzeuger auch tätig sind und passen auf, daß das Geld immer schön abgeliefert wird.

Meine Damen und Herren, das ist eine Form der Kleinkriminalität. Darüber müssen wir uns im klaren sein, denn es ist nichts anderes, als ein Ausnutzen armer Leute, die hier für Leute - diese Sammlertypen, die es nämlich nicht notwendig haben - Geld kassieren. Das sind Auswüchse, die der Polizei eigentlich bekannt sein müßten. Das sind Auswüchse, die die Bevölkerung beunruhigen. Man muß nur zur richtigen Zeit, zwischen 7 Uhr und 7.30 Uhr, in die Stadt hereinfahren und dann sieht man diese Verteilungsorganisation. Das Integrationsprojekt für In- und Ausländer, meine Damen und Herren, ist auch etwas eigenartig in dieser Bezeichnung. Als Inländer, das muß ich ihnen schon sagen, fühle ich mich nicht integrationsbedürftig, sondern integriert in diesen Staat und in dieses Gemeinwesen. Wenn jemand integriert werden will, dann soll bitte jeder Gast, der hier arbeitet und leben will, sich integrieren. Aber ich muß ihnen sagen, das Interesse der Ausländer an einer Integration ist äußerst gering. Ich habe erst unlängst gehört, daß im Resthof irgendwo eine

Veranstaltung stattgefunden hat, bei der kein einziger Ausländer anwesend war. Andererseits aber sind die Leute gerade im Resthof beunruhigt. Ich habe eine Bedienerin, die einmal zu mir gesagt hat: „So und jetzt haben wir sie auch bei uns im Haus. Man weiß gar nicht wieviele Leute dort wohnen.“ Ich fragte, wie groß denn diese Wohnung ist. Sie nannte mir die Größe. Hier sind sehr viele Leute, die dort täglich ein- und ausgehen. Es ist unkontrollierbar, wer dort eigentlich wirklich wohnt. So darf das natürlich auch nicht gehen. Es gibt bei Gericht ein Buch, in dem Unterschriften beglaubigt werden. Diese Bücher haben 5 Spalten pro Seite. Wir kennen die Bestimmungen, daß die hier wohnhaften Ausländer oder auch Inländer, Ausländer einladen können und sich verpflichten müssen, für die Kosten etc. aufzukommen. Ich kann ihnen noch sagen, von den 5 Spalten pro Seite, sind zumindest 3 Unterschriften - meistens nur in Blockschrift, weil sie einer normalen Kursivschrift gar nicht mächtig sind - von Eingeladenen. Und diese Einladungsformulare haben immer Platz für 5 Namen. Da wäre doch jetzt bitte die Möglichkeit, nachdem bei der Unterschriftsbeglaubigung Name und Adresse festgehalten wird, zu prüfen, was an dieser Adresse wirklich geschieht. Wie lange sind die Leute denn dort? Aber da kümmert man sich auch zu wenig. Unsere Mitbürger fühlen sich bedrängt, beengt und bedrängt und es ist mehrfach vorgekommen, daß ich von Mitbürgern angesprochen wurde, ob wir hier etwas bewirken könnten. Sie fühlen sich einfach in der eigenen Heimat nicht mehr wohl. Und soweit darf es natürlich auch nicht kommen. Diese Position multikultureller Stammtisch tut mir deswegen weh, weil wir ja sehr wenige Ausländer aus Kulturstaaten haben. Wir haben hier wirklich das Problem, daß wir bei Fremdsprachen zwischen Kultursprache und anderen Sprachen unterscheiden.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFE.

Integration in der Form, daß Leute, die hier arbeiten und rechtschaffend ihr Geld verdienen, ihre Familien zusammenführen dürfen, diese wird kein Mensch in irgendeiner Form kritisieren. Das paßt. Aber was wir nicht tun dürfen ist, daß wir Tür und Tor öffnen für Ausländer, die uns eigentlich nur Geld kosten, uns keines bringen aber unsere Bevölkerung verunsichern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der nächste, Herr Kollege Gemeinderat Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bei der ersten Beschlußfassung über das Integrationsprojekt war ja durchaus ein Teil oder der Großteil unserer Fraktion der Meinung, daß man dieses Projekt unterstützen sollte. Man hat auch dann die Zustimmung hier erteilt und war auch der Ansicht, daß man den durchaus guten Absichten, die die Betreiber dieses Projektes gehabt haben, eine Chance geben soll. Inzwischen hat sich aber auch bei uns die Überzeugung durchgerungen, daß eigentlich die Hauptkriterien und die Hauptpunkte dieses Programms - die stehen ja nicht alle da herinnen, es gibt ja auch Statuten, die wir alle mal zugesendet bekommen haben - eigentlich nicht erfüllt wurden und das Projekt als solches eher aus unserer Sicht als gescheitert zu betrachten ist. Man kann nicht behaupten, daß Integration in dem Sinn wirklich erfolgt ist. Ich bin zum Unterschied zum Hr. Koll. Spöck nicht der Meinung und nicht der Ansicht, daß die wesentlichen Punkte erfüllt wurden. Ich darf vielleicht ein paar anführen. Es ist z.B. eine Hilfe bei Wohnungssuche, bei Wohnungsproblemen und auch bei Arbeitssuche angeführt. Ich bin erstens einmal doch etwas überrascht und auch nicht der Meinung, daß man - abgesehen vom

Arbeitsmarkt-Service - einen privaten Verein mit Förderungen sponsern soll, der dann nur für ausländische Arbeitnehmer Arbeitsplätze sucht. Dafür glaube ich, haben unsere österreichischen Arbeitslosen wenig Verständnis. Das zweite ist das Wohnungsproblem. Ich glaube, es wäre durchaus auch eine Aufgabe dieses Vereins, auf die doch immer stärker werdenden Probleme, die auch Hr. Dr. Schwager in seiner Rede schon angesprochen hat, einzuwirken, sodaß hier Konflikte von Haus aus dem Weg geräumt werden. Ich kann mich noch an heftige Diskussionen erinnern, die es über den Stadtteil Steyrdorf gegeben hat. Man war hier sehr zu Recht der Meinung, daß dort private Hausbesitzer, auf die wir ja wenig oder gar keinen Einfluß haben, diese Situation sehr wohl ausgenutzt haben und den Stadtteil Steyrdorf in ihren Häusern mit Ausländern in einem Ausmaß vollgestopft haben, wodurch es dann oft zu diesen Problemen geführt hat. In jenen Stadtteilen, wo wir bei den Gemeindewohnungen Einfluß haben, haben wir das eigentlich nicht gemacht. Hier wäre es auch eine wesentliche Aufgabe gewesen, daß man sich mit dem Wohnungsausschuß oder dem zuständigen Stadtrat einmal zusammensetzt. Ich erlebe das tagtäglich in der Firma, daß Mitarbeiter zu uns kommen und sagen, vom Resthof kann man nur mehr wegziehen. Die Wohnungspolitik, die von der Gemeinde hier gemacht wird, ist unzuverlässig. Es ist vollkommen unverständlich, daß wir hier nicht mehr zu Hause sind. Nicht, daß uns die Menschen dort etwas antun, aber wir fühlen uns ja selber schon als Fremde. Warum ist man nicht einmal zu den Gemeinderäten, zu Herrn Koll. Tatzreiter oder zum Wohnungsausschuß gegangen um sich zusammenzusetzen und über die Art und Weise der Wohnungsvergabe zu reden. Es gibt Straßenzüge in denen eine Ghettoentwicklung zu erkennen ist. Das können wir gar nicht leugnen. Das wäre eine wesentliche Aufgabe, die ist meiner Meinung nach überhaupt nicht erfüllt worden. Ich habe einmal persönlich bei Frau Mag. Frech angerufen, weil Ausländer, die bei uns in der Firma beschäftigt sind, zu mir gekommen sind, und mir sagten, daß es ein Lokal in der Pachergasse gibt, welches zum heimlichen Treffpunkt von Ausländern geworden ist. Dort geschehen doch in letzter Zeit, abgesehen von Raufereien, offensichtlich rechtsanhängige Dinge - ich habe mich dann beim Gericht erkundigt - d.h. daß auch Jugendliche dort nicht gerade positive Aktivitäten setzen. Ob man nicht auch einmal dort einwirken könnte, daß eine derartige Massierung verhindert wird. Auch da ist bis dato nichts geschehen. Wir werden dann über kurz oder lang in dieser Entwicklung, die offensichtlich jetzt vom Wieserfeldplatz in dieses Lokal verlagert wurde, in Zukunft Probleme bekommen. Derzeit haben wir sie bereits mit der Polizei und mit dem Gericht, wie mir von dort auch bestätigt wurde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Hr. Kollege Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es war ja zu erwarten, daß es bei diesem Tagesordnungspunkt zu einer kontroversiellen Diskussion kommen wird. Mit einer einzigen Aussage von ihnen Herr Dr. Schwager kann ich mich identifizieren, und zwar, daß nämlich die Ausländer bei uns integriert gehören. Sonst kann ich mich ihren Ausführungen in keiner Weise anschließen. Zur Aussage des Herrn Koll. Payrleithner, was die Problematik der Resthofwohnungen betrifft: Hier ist sicherlich der Hr. Koll. Tatzreiter die kompetentere Auskunftsperson als ich. Es ist in diesem Zusammenhang natürlich schon interessant, wenn sie Herr Dr. Schwager bekritteln, daß bei dieser besagten Besprechung kein einziger oder fast keine Ausländer anwesend waren. So konnte ich aus der Zeitung entnehmen, daß auch seitens ihrer Fraktion keine Vertreter anwesend gewesen sind. Ich glaube aber, daß wir als Vertreter der Stadt Steyr froh sein müssen, wenn wir in unserer Stadt Institutionen haben, die sich intensiv mit dem Aufgabengebiet der Integration von ausländischen Mitbewohnern beschäftigen. Und ich kann nur sagen, daß das Integrationsprojekt der Caritas für In- und Ausländer für mich im abgelaufenen Jahr wirklich eine hervorragende Arbeit geleistet hat. Wie wichtig es ist, meines Erachtens, sich mit

der Thematik des Zusammenlebens der hier Geborenen und der nicht in Österreich Geborenen intensiv zu beschäftigen, zeigt alleine die Tatsache, daß vielerorts einfach Vorurteile gegenüber den „sogenannten“ Ausländern vorhanden sind, die auch noch bewußt von bestimmten Fraktionen, von bestimmten Personen und da in erster Linie von der F-Bewegung mit nachgewiesenen, falschen Behauptungen gefördert werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang an dieses Inserat erinnern, welches der Großteil von ihnen ja sicherlich vor ca. 14 Tagen in der Sonntagsausgabe der „Kronen Zeitung“, gelesen hat und möchte es nicht verabsäumen, quasi als Antwort darauf, einen Artikel von Herrn Redakteur Gerhard Marschall von den OÖ. Nachrichten vom Dienstag, den 3. Oktober., kurz zur Kenntnis zu bringen, worin er schreibt: Überschrift „Schicksale und Skandale“. „Wir wollen niemanden an den Pranger stellen, beteuerte F-Landesobmann Hans Achatz, als er Montag jene Hofräte und Bezirkshauptmänner kritisierte, die sich tagtäglich im Dienstauto von Daheim zur Arbeit und retour kutschieren ließen. Namen wollte Achatz nicht nennen. Als es den Freiheitlichen unlängst darum ging, daß Oberösterreich nicht zum Wunschbiotop heimatsuchender Ausländer wird, da waren sie weitaus weniger diskret. Mit geringfügig veränderten Familiennamen führten sie nach der Devise „unser System krankt - wir zeigen es ihnen“ diesen Fall vor. Ein Mann, 56 Jahre alt, Ex-Jugoslawien, seit 1992 hier, hat 16 Monate bei uns gearbeitet. Erhält alles in allem, Pension, Ausgleichszahlung und Pflegegeld incl. 18.244,--. Obendrein bekommt die Frau S 5.000,-- Pflegegeld. Die ganze Wahrheit ist, daß das Ehepaar 1991 legal aus Kroatien nach Österreich eingereist ist und besitzt eine befristete Aufenthaltsgenehmigung bis Sep. 1996. Der Mann hat in seiner Heimat ein Leben lang gearbeitet und es auf mehr als 300 Versicherungsmonate gebracht. In Österreich war er mit Beschäftigungsbewilligung tatsächlich nur knapp 1 ½ Jahre berufstätig. Dann war er dazu gesundheitlich nicht mehr in der Lage. Für den Pensionsanspruch zählen jedoch alle Versicherungszeiten. Im Rahmen zwischenstaatlicher Abkommen erhält Österreich für Pensionszahlungen an Ausländer den entsprechenden Anteil zurück und umgekehrt. Allerdings sind die im konkreten Fall genannten Beträge schlicht falsch, so die PVA der Arbeiter. Den Gegenbeweis verbietet das Datenschutzgesetz. Die zweite Peinlichkeit ist: „Die angeführten Pflegesätze gibt es nicht, wir haben gerundet“, räumt das Achatzbüro ein. Tatsache ist, daß beide Pflegegeld beziehen. Die Frau sitzt im Rollstuhl, der Mann ist nahezu blind. Sie werden von Verwandten in Linz umsorgt. Pflegegeld erhalten derzeit in Oberösterreich rund 55.000 Menschen, 6.900 von ihnen vom Land Oberösterreich. Von letzteren sind gezählte 144 ausländischer Herkunft, 19 stammen aus Ex-Jugoslawien, 15 aus der Türkei, 5 aus Ungarn und 2 aus Polen. Die mit Abstand größte Gruppe stellen die Deutschen mit 73. Soviel zum Thema „Pranger“ und zu 2 Schicksalen, die aus Freiheitlicher Sicht Skandale sind.“ Soweit die OÖ. Nachrichten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube, solchen bewußten Falschaussagen ist auf das entschiedenste entgegenzutreten. Sie dienen ausschließlich dafür, unter der Bevölkerung Gefühle zu wecken, die in Feindseligkeit, Neid, ja unter Umständen sogar Haß, münden all jenen gegenüber, die vielleicht nicht so aussehen wie wir. Ich frage mich wirklich, wie das noch weitergehen soll. Heute sind es vielleicht jene, die Kopftücher tragen, einen dunklen Schnauzbart haben und ein dunkler Hauttyp sind. Ich wage es nicht auszudenken, wie künftig jene in unserer Gesellschaft leben können, die nicht blond und blauäugig sind, sollten jemals gewisse Personen das Sagen in unserem Lande haben. Einstweilen jedoch werden alle jene, die nicht die erstgenannten Kriterien erfüllen und trotzdem keine österreichischen Staatsbürger sind, von jenen, die permanent und pauschal diese Bevölkerungsgruppe anfeinden, überhaupt eigentlich nicht als Ausländer gesehen und erkannt, weil man ja im Aussehen keinen Unterschied erkennt. In Steyr leben zur Zeit, genau gesagt mit Stichtag vom 1. Juli 1995, insgesamt 4.336 Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Das sind genau 10,09 % der Gesamtbevölkerung. Diese 4.336 Menschen kommen insgesamt - und bitte hören sie mir nun genau zu - aus 52! verschiedenen Staaten. Zieht man nun alle Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen - und ich gebe jetzt zu, daß ist ein Rechenbeispiel, daß man so und so auslegen kann - die jedoch so aussehen wie wir, Deutsche, Italien, Franzosen etc. und somit emotional nicht als Ausländer erkennbar sind, ab, so verbleiben insgesamt rund 3.100 Menschen oder genauesagt 7,26 % der Gesamtbevölkerung. Diese bestehen aus Menschen, die aus der Türkei, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Bosnien stammen und in Steyr leben. Wie sie sehen, ist das doch ein wesentlich geringerer Prozentsatz als allgemein angenommen, auch wenn man immer von über 10 % Ausländeranteil in Steyr spricht. Es ist

unbestritten, daß gerade dieser Teil unserer Bevölkerung aus einem wesentlich anderen Kulturkreis kommt, als es der unsere ist und mehr denn je unsere Unterstützung braucht, um sich in unsere Kultur eingliedern zu können. Robert Musil schreibt in seinem Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“: „Es ist ein Grundzug der Kultur, daß der Mensch, dem außerhalb seines Kreises lebenden Menschen, aufs tiefste mißtraut.“ Also nicht nur, wie Musil schreibt, ein Germane einem Juden oder wenn sie wollen ein Österreicher einem Bosnier, Türken oder Neger, sondern auch ein Fußballspieler dem Klavierspieler. Es ist ein unbegreifliches und daher eher minderwertiges Wesen. Diesem Phänomen fügt er dann noch eine besondere, österreichische Variante hinzu. Man handelt in diesem Land mitunter, bis zu den höchsten Graden der Leidenschaft und ihren Folgen, immer anders als man denkt oder denkt anders, als man handelt. Soweit Musil, soweit die zugegebenermaßen etwas zugespitzte Formulierung eines sensiblen Dichters. Seine Überlegung ist damit vielleicht eine Erklärung für die Verhaltensweise von so manchen Politikern oder gar so mancher Bewegung, in dieser oder jener Frage, vor allem jedoch in der Frage, die das Zusammenleben mit nicht österreichischen Staatsbürgern betrifft.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Mir ist bewußt, daß man aus der Ferne sehr leicht tolerant sein kann, wenn man diesen Ausländern weder im Park oder nachts begegnet, noch beim Einkaufen unter Umständen ihren Küchengeruch merkt und man sich nicht belästigt fühlen muß, wenn bis spät in die Nacht ein gewisser Lärmpegel nicht unterschritten wird. Ich glaube, um so wichtiger ist es, Maßnahmen zu setzen, um das gegenseitige Verständnis herzustellen. Das Problem mit den Ausländern hat es schon immer gegeben. Mir ist eine ganz interessante Notiz aus der Arbeiterzeitung des Jahres 1905 aufgefallen. In dieser Zeit gab es ja bekannterweise sehr viele Zuwanderer. Da bezeichnet die seinerzeitige Arbeiterzeitung - und man bedenke, wie dann erst andere Kommentare in diversen anderen Pressen gelaute haben müssen - die Zuwanderer als Lohndrücker und als Streikbrecher aus halbasiatischen Gegenden. Sie schreibt von herabgekommenen, verlotterten Individuen, Leuten, die alles machen können, nur keine Arbeit, von welcher sich mancher von ihnen zeitlebens ferngehalten hat. „Arbeiterzeitung 1905“.

Sie werden mir beipflichten, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, daß zwischen der damaligen und der heutigen Diskussion eine große Parallele besteht. Es besteht jedoch - und ich bin überzeugt davon - heute nicht der geringste Zweifel daran, daß sich die seinerzeitigen Zuwanderer äußerst schnell und zu unser aller Nutzen integriert haben. Alleine in Wien gibt es 14.300 verschiedene ausländisch klingende Namen in Telefonbuch. Es ist auch eine Tatsache, daß diese Menschen ein Teil der Kulturgeschichte, als auch jener der politischen Geschichte sind. Es ist jedoch eine bekannte Tatsache, daß sich Minderheitenangehörige oder Assimilierte, sogenannte zweite oder dritte Generationen von Ausländern, in Bestrebung um Anpassung an die Kultur des Gastlandes manchmal, aber wirklich nur manchmal, überpatriotisch oder sogar fremdenfeindlich gebärden, sozusagen die Norm überflügeln und eine restriktive Ausländerpolitik betreiben. Ein mir bekannter Vertreter der restriktiven Ausländerpolitik ist meines Wissens nach ein Herr Pawkovits seines Zeichens Vorsitzender der FPÖ in Wien. Ich glaube, ein Kommentar erübrigt sich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch auf die Gefahr hin und im Bewußtsein, daß es auch in Zukunft nicht zu verhindern sein wird, daß der eine oder die andere die Sachlage wesentlich anders sehen wird als ich, gibt es für mich nur einen Weg. Den Weg des Versuches und des Bemühens, die Integration von ausländischen Mitbewohnern in unserer Stadt, weil eines ist für mich klar: Erfolgt keine Integration, folgt automatisch Aggression. Ich darf hier auch im Namen meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, daß wir den Antrag und die Förderung der Caritas auch im kommenden Jahr unterstützen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster zum Wort gemeldet Herr GR. Engelbert Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Meine Wortmeldung soll ein Protest sein, denn ich bekomme Angst. Wir haben das schon einmal gehört. Es gibt rund um uns Staaten, die keine Kulturstaaen sind. Ich möchte dagegen vehement protestieren, und mich einfach auch bei diesen Menschen entschuldigen, die als „diese“ Menschen bezeichnet werden. Ich glaube, das Integrationsprojekt für In- und Ausländer hätte sehr, sehr viel Arbeit. Auch wir müßten ein bißchen die Kultur, die Andersartigkeit der anderen Menschen verstehen lernen, dann würden wir sie nicht kulturlos oder als „diese da“, „von dort woher“ bezeichnen. Alles andere wäre eine Wiederholung des bereits Gesagten. Noch einmal! Ich protestiere vehement!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zum Wort gemeldet , Hr. Kollege Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Auch ich protestiere gegen die Aussagen des Hrn. Kollegen Dr. Schwager. Es wird schon langsam zur Gewohnheit. Alle 2 - 3 Monate hören wir solche Aussagen und es besteht die Gefahr, meine Damen und Herren, daß wir uns an diese Aussagen gewöhnen, denn die Gewohnheit macht dann wirklich das aus, worin die Gefahr besteht. Ich möchte vorerst einmal zu der Sitzung zurückkommen, die vorige Woche oder vor 2 Wochen im Resthof stattgefunden hat. Es ist darum gegangen, zwischen Österreichern und Ausländern ein Bewohnergespräch zu initiieren. Bei diesem Gespräch ist ganz klar herausgekommen, daß es nicht das Ausländerproblem an sich ist, woran der Resthof so zu kämpfen hat, sondern es sind manch soziale Probleme und Infrastrukturprobleme. Es sind die Probleme, daß keine Volksschule und kein Kommunikationszentrum im Resthof ist, und daß vor allem einige Mitbewohner.....

Ich bin wirklich entsetzt über diese Aussagen des Hrn. Kollegen Schwager, daß ich jetzt wirklich nicht mehr die richtigen Worte finde.

ZWISCHENRUF DR. SCHWAGER:

Offenbar ist er sehr oft entsetzt.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich möchte mich noch einmal entschuldigen. Ich möchte noch einmal zu dieser Sitzung bzw. zu diesem Treffen im Resthof zurückkommen. Das Integrationszentrum, welches dieses Treffen initiiert hat, hat das herausgearbeitet, woran der Resthof wirklich leidet. Es sind nicht die Ausländer. Es wurden Statistiken veröffentlicht, wo ungefähr 7 % der Bewohner aus Staaten rund um Österreich kommen. Diese Statistik hat auch ganz deutlich gezeigt, daß der Resthof jene Region von Steyr ist, wo am wenigsten Ausländer wohnen. Es gibt zum Beispiel Zahlen vom Hammergrund, wo 38 %

Ausländer leben und hier wird wirklich nicht von Problemen gesprochen. Es wurde auch Steyrdorf mit 14 % genannt. Das wirkliche Problem, an welchem der Resthof leidet, sind jene Stimmungsmacher von bestimmten Kreisen und diese Stimmungsmacher müssen eliminiert werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet, Herr Stadtrat Tatzreiter. Bitte um Konzentration.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Es wurde gerade vom Hrn. Kollegen Vanek gesagt, daß wir fast alle 14 Tage dieses Thema hier behandeln. Was mich ganz besonders berührt und bewegt ist, daß es immer wieder so dargestellt wird, als wären der Resthof, das Steyrdorf oder sonstige Stadtteile Ghettos - wie heute angesprochen - und ich bin froh, daß einige doch einigermaßen darauf reagieren. Ich verwehre mich dagegen, daß man hier von Ghettos spricht, weil dort die Haushaltsvorstandslisten im Resthof nicht einmal 8 % der Ausländer oder deren Nicht-Österreicher beträgt. Es obliegt nicht dem Wohnungsausschuß bei einer Zuteilung, bei einem Beschluß einer Wohnungszuteilung zu bestimmen, wieviel Kinder oder wieviel Personen dort in dieser Wohnung sein dürfen. Wenn sie die Kinder machen bzw. die Kinder kriegen, sind wir nicht zuständig. Das muß ich schon dazu sagen. Das heißt, das Problem ist gar nicht so virulent. Was dort die Bevölkerung anbelangt, so haben wir Zahlen selber und einen knappen Prozentsatz von 12 %. Aber das hat damit zu tun, daß dort die Familien größer sind. Wir müssen eben nur aufpassen, und deswegen haben wir sie ja auch dort oben. Ich bin froh darüber, daß sich jemand dieses Problems annimmt, nämlich dieser Verein oder diese Institution und vor allem die Frau Mag. Frech. Ich glaube, daß es gut ist - der Herr Koll Spöck hat darauf hingewiesen - was dort besprochen wurde. Frau Vizebürgermeister ist aus dem Sozialbereich heraus dafür zuständig, was wir dort tun können. Es stimmt, daß wir dort einigermaßen notleidend sind, was die Bevölkerung insgesamt anbelangt. Der Infrastruktur entsprechend reicht nicht alles aus, wenn man das einmal so sagen darf. Ich muß auch ganz ehrlich sagen, mich hat die Einladung dorthin auch nicht erreicht. Mir hat es die Frau Vizebürgermeister gesagt. Ich bin froh, daß ich hingegangen bin und es mir angehört habe, und daß ich einige Richtigstellungen machen konnte. Ich bin persönlich auch froh darüber, daß dort die Mehrheit der Leute, bis auf einige wenige, die dann davongegangen sind - das waren 2 Randalierer, wenn ich es ganz ehrlich sage, ich traue es mich auch in der Öffentlichkeit zu sagen, 2 Randalierer, die noch dazu ziemlich stark alkoholisiert waren - sehr positiv eingestellt waren. Die beiden Randalierer waren die einzigen, die dort demonstrativ aufgetreten sind und gesagt haben, wir sind Verräter an Österreichern. Das waren ausschließlich diese zwei. Ich habe mich eigentlich auch ein bisserl gewundert, daß die F-Fraktion dort nicht anwesend war, in keiner Weise.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DR. SCHWAGER:

Ich habe die Einladung auch nicht erhalten, wie sie!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ja bitte. Ich möchte nur anmerken, daß eine Zusage seitens des Hrn. Vizebürgermeisters Dr. Pfeil gegeben war. Ich hätte mich zumindest gefreut, wenn alle Fraktionen dort anwesend gewesen wären, und wir hätten uns darüber unterhalten können, wirklich unterhalten. Wir haben uns die Dinge, um die es wirklich geht, ausführlich dort angesehen, und ich glaube nicht, daß es Unrecht war, daß wir uns alle hingesetzt haben und mit der Bevölkerung besprochen haben, was die dort brauchen. Es ist aber nicht das Problem der Ausländer was dort zu Tage getreten ist, sondern auch der Inländer und vor allem der Jugend, und da müssen wir jetzt etwas tun. Das ist unsere Aufgabe. Das ist aber nicht die Aufgabe des Wohnungsreferenten alleine, sondern es ist eine Aufgabe der gesamten Kommune. Ich gehe davon aus, daß wir ein paar Probleme da oben beheben müssen, die sicher der Stadt ein Geld kosten werden. Davon können wir alle miteinander ausgehen, und wir müssen uns auch Gedanken machen, wie wir das lösen. Ich glaube aber nicht, daß der Resthof an sich so schlecht ist. Es sind auch Bewohner vom Resthof hier, der Hr. Kollege Rohrauer wohnt schon lange genug dort. Also die Wohnqualität ist nicht so schlecht, wie sie immer dargestellt wird. Wir haben vielleicht dort ein paar Dinge nicht, die wir dringend brauchen oder was die Bevölkerung dort braucht. Zu dem werden wir uns aufrufen müssen. Ich möchte aber nur einmal anmerken. Ich war froh darüber, daß die Presse dort anwesend war. Herr Stögmüller ist ja heute auch hier und kann wieder mitschreiben, er war dort auch dabei. Ich habe auch den Artikel wirklich gelesen, fein säuberlich. Ich habe ihn zweimal durchgelesen, weil ich auch zitiert wurde. Ich meine aber dabei, daß der Resthof, wenn wir es so machen, wie wir es jetzt die ganze Zeit diskutieren, meine Damen und Herren, und ich möchte fast sagen, eine Hatz auf jene Menschen loslassen, dann wird das Klima nicht besser, sondern schlechter und eklatant schlechter, weil man merkt von Tag zu Tag oder von Woche zu Woche, welche Probleme aus dieser Diskussion herauskommen. Es hat die Probleme dort noch gar nicht gegeben und es wird sie auch gar nicht geben, wenn wir sie nicht dazu machen. Und daher glaube ich, haben wir alle miteinander die Hände voll zu tun, dem entgegenzutreten und eine Eingliederung zu versuchen. Ich darf mich recht herzlich bedanken, daß dieser Antrag gestellt wurde und klarerweise wird er auf jeden Fall von uns unterstützt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Es ist ja immer wieder ein Wunder, auch im Zusammenhang mit dieser ganzen Budgetverhandlung ist es immer wieder ein Wunder, daß sich eine Partei politisch nur von Defiziten ernähren kann. Da fragt man sich, wenn keine Defizite da sind, wovon sie sich sonst ernährt und man muß dazu sagen, von reinen Erfindungen. Ich möchte nicht einmal auf dieses Niveau näher eingehen, das der Herr Dr. Tilman Schwager hier verbreitet, weil das kennen wir ja schon hinlänglich auf Landesebene von seiner Fraktion. Was mich so stört, das ist diese Gesinnungsschnüffelei oder anders ausgedrückt, ich würde sagen „lieb Vaterland, magst ruhig sein“, wenn es Menschen wie sie gibt Herr Doktor, die penibel Rechtschreibfehler bei einer Gruppierung beobachten, derer ich mich vielleicht gesinnungsmäßig nicht zuordne oder Zeitdiagramme über Personen führen, die mir unter Umständen von der Hautfarbe oder von der Sprechweise nicht so angenehm sind. Also, so lange es Menschen wie sie gibt, die das so penibel machen, glaube ich, kann es mit unserem Vaterland nicht schiefgehen. Mich wundert nur eines. Ich bin selbst in einem Vorstand dieses Vereines, und ich muß eines sagen, der Herr Stadtrat Eichhübl ist überhaupt nicht defizitorientiert. Ich denke mir, er hat sehr gut mitgearbeitet und versucht, gestaltend in dem Ganzen mitzuwirken, zum Unterschied von ihnen Herr Doktor. Vielleicht liegt es daran, daß Herr Stadtrat Eichhübl eine längere Erfahrung mit Mitmenschen hat, und daß ihm das vielleicht auch menschlich betrachtet ein Anliegen ist, was man von ihnen anscheinend nicht behaupten kann. Ihre Anmerkung vom Kulturstaat oder was alles ihrer Ansicht noch nicht Kulturstaat ist oder Kultursprache, dem

möchte ich noch eine Kleinigkeit hinzufügen. Es gibt da so einen Gemeinderat aus Ternberg von den Freiheitlichen, der alle heiligen Zeiten so Pamphlete verfaßt und auf einen Pamphlet ist daraufgestanden: „Gemischtsprachige Klassen sind völliger Mord“. Das zu ihrer Kultur.

Warum ihnen diese ganze Angelegenheit nicht recht ist, ist ja schon klar. Weil alle, die hier in dieser Stadt positiv an der Zukunft gestalten wollen, ja auch Lösungsmöglichkeiten sehen, die sie ja nicht sehen können, weil sie ja von Haus aus dort gar nicht hinkommen. Sie leben ja, wie gesagt, nur von denen, oder sie peitschen die auf, von denen sie einfach glauben, daß diese mit ihnen mitziehen, wenn sie irgendwelche Lügen - ich sage es einmal so - in den Raum stellen. Es stimmt übrigens auch nicht, daß ihre Fraktion vom Resthof nichts gewußt hat. Herr Dr. Pfeil war bei der letzten Sitzung anwesend und hat dort den Termin mitbekommen. Es dürfte jedoch anscheinend ein Kommunikations- oder ein ideologisches Problem bei ihnen sein, daß immer, wenn solche Veranstaltungen in Steyr sind, sie durch Abwesenheit glänzen. Zu ihrer Verunsicherung der Bevölkerung möchte ich ihnen nur eines sagen. Ich könnte ihnen hier viele aufzählen in Steyr, und ich glaube österreichweit, die genauso verunsichert wären, wenn Leute ihres Schlages heute an die Macht kämen. Ich bin nicht so defizitorientiert und hoffe, daß „das“ niemals stattfindet. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Kollegin Lohnecker bitte.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Eigentlich wollte ich mich aus Zeitgründen nicht zu Wort melden. Ich möchte die Sitzung nicht unnötig verlängern. Aber ich muß ehrlich sagen, ich bin wirklich auch mit Entsetzen betroffen, über die Aussage von einer Wertigkeit zu Kulturstaaten. Herr Kollege, für mich ist es eine Präpotenz ohne gleichen, daß wir uns anmaßen und urteilen, wer Kultur hat und wer nicht. Das wäre das eine. Ich bin dafür, daß die Flüchtlinge, die hier in unserem Land sind, Hilfe bekommen. Dazu gehört natürlich auch, daß man miteinander leben, arbeiten und reden kann. Kommunikation ist schwierig. Ich sehe da schon eine Tendenz, daß die Kommunikation überhaupt nicht mehr funktioniert. Wir können sie selber auch nicht mehr. Das heißt, wir müssen es lernen und auch denen helfen, daß sie sich hier einfügen können. Ich möchte noch sagen, ich wohne seit 20 Jahren im Resthof. Ich wohne eigentlich gerne dort. Ich muß sagen, ich bin auch sehr wenig hier, weil ich sehr viel unterwegs bin, aber gefürchtet habe ich mich vor Ausländern im Resthof noch nicht. Ich fürchte mich aber vor einem „immer größer machen“ dieser Tendenzen zu Rechtsradikalismus und Extremismus. Davor habe ich Angst. Aber nicht vor den Ausländern. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung? Frau Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich denke mir, wenn ich in ein fremdes Land auswandere, ist für mich das erste Problem die Sprache. Die Sprache ist für die

Integration das Um und Auf. Und hier steht „Konfliktregelung zwischen In- und Ausländern“. Das kann nur geschehen, wenn man die Sprache beherrscht. Herstellung von Kontakten kann nur geschehen, wenn man die Sprache beherrscht. Diskussionsrunden gehen ebenfalls nur, wenn man die Sprache beherrscht. Hier gibt es, das ist für mich der wesentlichste Punkt für eine Integration von Ausländern, genau in diesem Bereich das Berufsförderungsinstitut OÖ. Im letzten Korrekt vom 22. 9. 1995 bietet es ausländischen Pflichtschülern außerschulische Förderkurse an, um die Integration der Kinder und ihrer Familien in sprachlicher, in sozialer und in gesellschaftlicher Hinsicht zu erleichtern. Das internationale Lern- und Berufberatungszentrum für Schüler und Eltern des Berufsförderungsinstitutes OÖ bekommt deshalb von Steyr eine Subvention. Das heißt, für die wichtigsten Belange, für das Grundlegende für eine Integration gibt es bereits eine Subvention, und ich kann mir vorstellen, daß das Berufsförderungsinstitut OÖ das sicher ganz gut macht.

Ich wollte das wirklich nicht sagen heute, aber weil sich so viele solche Sorgen um Ausländer machen, und wir das jetzt auch schon so lange gehört haben, jetzt muß ich auch eine Sorge für Inländer anbringen. Am Montag hat mich eine Dame angerufen, die ist 50 Jahre alt. Sie hat 2 erwachsene Kinder, hat 16 Jahre Pension eingezahlt, also sie hat 16 Jahre gearbeitet,. Sie hat dann einen Nachzügler bekommen, der ist jetzt 10 Jahre alt. Sie war dann zu Hause. Sie ist 50 Jahre, ihr Mann ist ebenfalls 50 Jahre. Nach 30jähriger Ehe wurde sie vom Mann, er hat sich eine 23jährige Freundin gefunden, auf die Straße gesetzt. Mittellos, sie hat keine Arbeit, sie hat kein Einkommen, sie hat keine Wohnung gehabt, nur brave Kinder. Sie ist zum Sozialamt gegangen. Dort hat es geheißen - wahrscheinlich von Christine Vranitzky angesteckt - sie ist selber Schuld, wenn sie sich nicht vorher abgesichert hat. Sie sagte, ich habe sie höflich um Auskunft ersucht, und ich wollte höflich eine Antwort. Sie ist zur Pensionsversicherungsanstalt bei der Arbeiterkammer gegangen, wo jeden ersten im Monat oder jeden Donnerstag im Monat, ein Vertreter der Pensionsversicherungsanstalt da ist und hat sich die Auskunft eingeholt, wann sie Anspruch auf Pension hat. „Anspruch auf Pension? - haben sie keine, erst mit 55“. Sie hat gesagt, ich bin jetzt 50, was soll ich den tun die 5 Jahre. Ja, mit 55 Jahren hat sie Anspruch auf Pension, vorher nicht, obwohl sie 16 Jahre eingezahlt hat. Dann kommt noch die Kindererziehung dazu, die ihr angerechnet wird, also sie hat immer einen Beitrag an unser Land geleistet.

ZWISCHENRUF: Sie hat ja eh einen Mann.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Das kommt noch. Dann ging sie zur Arbeitsmarktverwaltung aufs Arbeitsamt. „Tja, mit 50 Jahren sind sie schwer vermittelbar, Arbeit haben wir für sie keine. Arbeitslose gibt es auch keine“. Der Mann zahlt S 3.500,-- Alimente für das 10jährige Kind, sonst nichts. Der Mann hat nichts. S 3.500,-- Alimente. Sie hat, Gott sei Dank, im Resthof eine Wohnung bekommen, eine Einraumwohnung, die hat sie abgeteilt, ein Teil Wohnzimmer, ein Teil Schlafzimmer, damit sie mit ihrer Tochter leben kann. Den Baukostenzuschuss haben ihr ihre Kinder bezahlt. Sie war bei der Caritas. Dort hat man ihr auch die Tür vor der Nase zugeschlagen. „Sie hat sich nie gedacht“, hat sie gesagt, daß sie einmal so tief sinken wird, daß sie als Bittsteller von Tür zu Tür geht“. Es wurden ihr überall die Türen zugeschlagen. Diese Frau hat im Monat S 2.640,-- zum Leben. Ich finde, da sollte man zur Integration auch einmal etwas tun, damit diese Frau in ein normales gesellschaftliches Leben integriert wird. Das wäre für mich auch einmal wichtig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Naja, das ist eigentlich ein anderes Thema, ein soziales Thema. Herr Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, hoher Gemeinderat.

Ich bin froh, Frau Kollegin Lohnecker, daß sie vorher das Wort Flüchtlinge erwähnt haben, weil ich glaube, es hat in der Debatte gefehlt, daß wir unterscheiden, um welche Ausländer es geht.

Wenn wir uns die Geschichte der Stadt anschauen, so hat es doch in den 60er Jahren angefangen, daß die Steyr-Werke Gastarbeiter gebraucht haben, um Aufträge zu erfüllen. Das waren Serben, zum Großteil aus dem jugoslawischen Raum. Die sind nach Steyr gekommen...

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Nicht nur die Steyr-Werke.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Die sind nach Steyr gekommen und wenn man mit ihnen jetzt noch manchmal spricht - ich habe mit einem gesprochen - da ist man ein bisserl überrascht. Ich habe einen gefragt, seit wann er Österreicher ist. Er sagte mir, er ist es noch nicht, er will es auch nicht werden. Er ist 20 Jahre in Österreich, hat die dritte Gemeindewohnung mittlerweile bezogen, hat sich zu Hause ein Haus gebaut und sagt, er geht in ein paar Jahren nach Hause und genießt dort dann seine Pension.

Also von Integration kann man dann zu solchen Leuten nicht sprechen. Die waren eigentlich nicht bereit sich zu integrieren. Die waren hier bei uns um Geld zu verdienen und das nach Hause zu transferieren. Das ist einmal die eine Gruppe. Und die größere Gruppe, die wir jetzt hier in der Stadt haben, sind nicht die Serben, sondern die Bosnier. Das sind Kriegsflüchtlinge. Das sind Leute, die nicht nach Steyr gekommen sind, um hier Geld zu verdienen, sondern sie sind nach Steyr geflüchtet, weil ihr Haus kaputtgegangen oder besetzt ist, weil sie nicht mehr zurückkönnen. Ich glaube, daß wir diese Leute unterstützen, kann uns niemand in Abrede stellen. Ich glaube, Österreich hat hier wirklich alles geleistet, was es nur leisten kann. Denken wir an „Nachbar in Not“. Schauen wir uns andere Länder an. Was hat bitte das katholische Italien gemacht? Was tut England, was tut Frankreich für die Bosnier? Also wir brauchen hier wirklich kein schlechtes Gewissen zu haben. Die Stadt selber hat auch genug dazu getan. Es ist jetzt schon zu überlegen, ob es Aufgabe der Stadt ist, Leuten, die nur abwarten, wie sich der Krieg dort unten entwickelt - manche möchten schon wieder zurück gehen - eine Neubauwohnung zur Verfügung zu stellen. Es würde vielleicht eine ältere Wohnung auch tun. Wir müssen hier die Kostenfrage auch ein bißchen beurteilen. Diese Leute haben nicht vor, bei uns zu bleiben. Sie sind im Kopf noch in ihrer Heimat. Sie können halt momentan noch nicht zurück. Es ist in diesem Integrationsprojekt ja angesprochen: „Ausländer mit Ausländer“. Ich denke jetzt hier an die Türken. Ich glaube, daß das die größere Problemgruppe ist, weil die es von der Religion her einfach viel schwieriger haben, mit anderen Kontakt aufzunehmen. Es wird ihnen zum Teil verboten. Die Mädchen, wir wissen es, müssen zum Teil vom Vater aus in den Schulen Schleier tragen. Sie sind eben so erzogen. Es ist auch so, daß diese Leute eine andere Mentalität haben in puncto Wirtschaft. Es gibt zum Beispiel in Steyr in der Seifentruhe eine Moschee und im hinteren Bereich dieser Moschee befindet sich eine Gemischtwarenhandlung. Ein richtig ausgebautes Geschäft. Dort wird gehandelt. Ich weiß nicht, ob das angemeldet ist. Ich kann es mir nicht vorstellen. Für die ist das vielleicht ganz normal. Die wissen das vielleicht gar nicht. Manche davon wissen es vielleicht nicht, manche wissen es schon, was sie dürfen und was nicht. Es geht um die Regel des Zusammenlebens.

Das ist dann der Konfliktpunkt bei den Österreichern, und sie sagen: „Ich muß mein Geschäft angemeldet haben, ich muß Steuern zahlen und 100 m weiter betreiben die einen florierenden Handel mit Lebensmitteln“. Das sind die Reibungspunkte. Ich glaube, man muß die Leute wirklich nach einer gewissen Zeit fragen, ob sie jetzt bei uns bleiben wollen, ob sie Österreicher werden wollen und dann natürlich, dann haben sie auch die gleichen Auflagen zu erfüllen. Kurz eine Erzählung eines Österreichers der in der K. Marx-Straße auf der Ennsleite wohnt. Dieser hat mir mitgeteilt, daß an einem Sonntagnachmittag 2 m von seinem Wohnzimmerfenster die benachbarten Türken ein Schaf gebraten haben. Der ganze Rauch ist in seine Wohnung gegangen. Das sind also Kleinigkeiten. Die sind es gewohnt wie zu Hause zu grillen und zu feiern, und da gibt es dann Reibungspunkte. Der Österreicher weiß genau, man darf das bei uns nicht. Man darf nicht einmal Rasenmähen, man darf nicht grillen usw., aber die machen das. Wenn er aber sagt er ruft die Polizei, dann sagen sie zu ihm: „Gehen sie inzwischen spazieren oder setzen sie sich dazu, und feiern oder essen sie mit“. So leicht ist es aber nicht für jeden, ob er das überhaupt will. Ich glaube, das sind die Knackpunkte. Wir können nicht alle in einen Topf schmeißen und sagen, wir sind gegen alle Ausländer. Wir sind dafür, daß wir die Leute eingliedern, wenn sie wollen, und das muß man sie auch fragen.

Vielleicht noch als letztes. Wir haben jetzt 4.000 Leute mehr, und müssen uns fragen, ob wir so weitermachen wollen, ob es für die Stadt auch gut ist, Leute anzuwerben oder anzulocken. Ob wir das verkraften können?

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFE

Sie geben ja schon die Antwort auf die Frage, wer denn diese Leute haben will, und dann hören wir die Unternehmer. Wir müssen uns in der Lohnpolitik auch einmal etwas überlegen. Solange die Unternehmer billige Arbeitskräfte suchen, werden auch diese kommen. Nur nach einem Jahr kommen sie darauf, was sie wert sind, und dann suchen sie sich eine andere Firma und das Rad beginnt sich zu drehen. Ich glaube, es liegt auch an uns selber, hier fair zu sein und gerechtere Löhne zu bieten. Man hört oft, die Ausländer machen nur mehr die Arbeiten, die die Österreicher nicht machen. Ich glaube, es sind schon so viele hier, so viele Kanalarbeiter brauchen wir sicher nicht mehr.

Aber wie gesagt, die Lohnpolitik und die Unternehmenseite sind ja auch gefordert, denn wenn sie ordentliche Löhne zahlen, dann wird sich das einpendeln. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Hr. Stadtrat Tatzreiter bitte - die zweite.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren. Meine zweite Wortmeldung bezieht sich natürlich jetzt auf die Aussagen des Hrn. Kollegen Fürweger.

Zu einer ihrer angesprochenen Aussage im Bezug auf jene, die in Österreich arbeiten und dann nicht in Österreich bleiben wollen, weil sie sich unten ein Haus bauen und dann wieder zurück wollen. Ich verweise nur darauf, wie viel Österreicher, auch Steyrer, in Deutschland beschäftigt sind, die hier ein Haus haben. Dieses wird entweder derzeit vermietet oder es wohnt noch irgend jemand von der

Familie dort. Sie selber sind jahrelang im Ausland und stolz darauf, wenn gesagt wird, wir haben eine so gute Fachkapazität, die in Deutschland, der Schweiz oder ganz gleich wo auch immer, gefragt ist. Danach kommt er, wenn er 60 oder 65 Jahre alt ist, wieder zurück und wohnt hier als Pensionist. Er bezieht ja auch Pension aus Deutschland, der Schweiz oder sonst irgendwoher. Also tun wir nicht so, als wäre das ein Verbrechen, wenn man ihn fragt, ob er dableiben will, und er nein dazu sagt. Ich behaupte auch, es ist jedem sein gutes Recht, wenn er mit der Heimat so verbunden ist und sagt, wenn es dort wieder ruhiger wird, und er nicht mehr der Gefahr ausgesetzt ist - meistens nicht persönlich, sondern um seine Familie geht es hier - daß er dann wieder zurückgeht. Lassen wir ihnen doch das gute Recht. Wenn er nicht beschäftigt werden könnte - und es wird sich so herumgesprochen haben, daß wir da noch immer irgend jemanden brauchen für gewisse Tätigkeiten, zu einem gewissen Preis - dann würden die wahrscheinlich nicht heraufkommen. Es sei denn, es droht ihnen dort der Tod oder irgendwelche anderen Qualen, und deswegen sind sie da. Das heißt, wir sollten bei den Dingen schon ganz genau aufpassen, was wir sagen, damit wir nicht eine Hetzpropaganda damit in Gang setzen.

Sie haben zuerst gesprochen, man sollte einem Ausländer keine Neubauwohnung geben. Das ist eine direkte Aussage zu einer Ghattobildung, wenn sie es so machen. Das würde damit erreicht werden. In manchen Gebieten haben wir diese Art ja, weil sie entweder nirgends unterkommen, oder weil sie aus der Not heraus, ein anderer noch vermittelt hat. Damit kommt es zu einem Ghetto. Sie haben es zuerst genannt, das Steyrdorf. Dort haben wir einen erhöhten Anteil von Nichtösterreichern und die sind alle in nicht gerade komfortablen Wohnungen untergebracht. Das sind die Dinge. Daher sollte man das ein bisschen strukturieren, war unsere gemeinsame Meinung, ein einstimmiger Beschluß, 10 % bei der Vergabe und nicht darüber. Das ist unsere Auffassung. Bei dem bleibt es und die neuen Richtlinien, wenn wir sie wieder beschließen werden, werden ebenfalls in diese Richtung gehen.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster Hr. Kollege Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates.

Meine einjährige Enthaltbarkeit aus dem Gemeinderat hat eigentlich nicht viel verändert, und es hat sich hier nichts verändert. Es ist aber doch diese Geisteshaltung sehr besorgniserregend, die sich in allen Bereichen durch die Freiheitlichen durchsetzt. Es ist mir schon klar, daß wir die heute hier nicht ändern werden, das ist auch der politische Auftrag von oben her, und das setzt sich in allen Gremien, wo man ist, fort. Es wird hier sicherlich ein Lehrbuch der Freiheitlichen geben, das studiert wurde und das überall zu verbreiten und verkünden ist. Ich habe auch schon, wie so mancher Vorgänger, über die Entwicklung eine gewisse Angst, wenn man hier Politik aus der untersten Bodenlade betreibt, und wenn man die Ausländer dazu benützt, daß sie jene sind, die hier für diese schlechte Wohnqualität herhalten müssen. Ich weiß hier sehr wohl, wovon ich rede. Ich habe in den 60iger Jahren in Steyrdorf gewohnt, und es hat dort zu dieser Zeit keine Ausländer gegeben. Es war aber die Wohnqualität dieses Teiles unserer Stadt nicht unbedingt die höchste, und wir haben dort noch immer das Problem, daß die Wohnqualität nicht gerade die ist, die sich jeder wünscht. Ich war ein junger Bursch, als ich eine Familie gegründet habe, und ich habe mich im Resthof um eine Wohnung beworben. Schon damals in den 70er Jahren, kann ich mich erinnern, gab es bereits viele in meinem Alter, die gesagt haben, in den Resthof würden sie nicht ziehen, weil einfach die damalige Bauweise, welche hier stattgefunden hat, in Steyr eine besondere war. Wir waren es gewohnt, vor jedem Haus

eine Grünfläche zu haben. Da gab es noch keine Ausländer im Resthof, als wir dort schon abgelehnt haben und diese Wohnqualität kritisiert haben. Heute benützt man die Ausländer und sagt, daß sie diejenigen sind, warum niemand in den Resthof ziehen möchte. Ich glaube, daß das eine ganz miese Politik ist, welche wirklich auf das schärfste zurückzuweisen ist. Zur Frau Kollegin Bauer - sie ist jetzt gerade hinausgegangen - und ihrem Beitrag mit dem Einzelfall einer Österreicherin möchte ich sagen, daß das natürlich tragisch ist, aber gerade die Freiheitlichen sind es, die hier im sozialen Bereich massive Veränderungen fordern und verlangen. Sie sind nicht der Meinung, daß jeder Österreicher und jede Österreicherin mit 50 Jahren eine Pension bekommt. Sie sind nämlich der Meinung, daß sie länger arbeiten sollen, und daß die Arbeitslose nicht jeder bekommen soll. Was hier an Beispielen angeführt wird - Einzelfälle herausnehmen und sagen für diese sind die Ausländer schuld - glaube ich, ist aufs massivste zurückzuweisen. Zu dem, was der Hr. Kollege Fürweger gesagt hat, „eine alte Wohnung wird es vielleicht für so manche auch tun“, also dieser Ausspruch, wenn man den fortsetzt, lieber Hr. Kollege Fürweger, der beängstigt mich schon. Vielleicht muß es nicht unbedingt eine alte Wohnung sein, vielleicht tut es eine alte Baracke auch oder vielleicht kann man das noch fortsetzen. Da gab es auch in der Vergangenheit schon Parallelen, was es für solche Bewohner oder Leute „tut“. Ich glaube wir sollten uns schon in der Umgangsform hüten und sollten wissen, daß wir über Menschen reden und uns dieser annehmen, wenn wir sie in Österreich haben. Wir haben sie zum Teil auch geholt. Wir haben in den 70er Jahren billige Arbeitskräfte geholt. Es ist nicht unbedingt das Problem der Integration der Sprache im Vordergrund gestanden, sondern wie wir sie als Österreicher aufgenommen haben. Damals haben wir sie aufgenommen. Ich habe selber mit vielen gemeinsam auf einem Arbeitsplatz gearbeitet und es gab kein Problem. Es wurde aber auch nicht thematisiert, und wir haben es auch nicht so hingestellt, als würden wir die nicht haben wollen. Ich glaube, daß wir für unsere Gesellschaft die Verantwortung tragen, und daß wir das, was uns vielleicht dort und da ein bißchen stört, denen auch in solchen Integrationsprogrammen näher bringen sollten und hier eine Gemeinsamkeit bilden. Ich glaube, das ist unser aller Aufgabe und nicht immer eine miese Politik auf den Rücken „derer“ zu betreiben.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER VERLÄSST UM 15.55 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Letzter zu Wort gemeldet, Hr. Kollege StR. Ing. Schloßgangl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Ich hoffe, ich stehe nicht im Ruf der Ausländerfeindlichkeit. Ich glaube, ich habe persönlich und auch mit meiner Familie einen ganz kleinen Teil dazu beigetragen, um Flüchtlinge hier in Österreich und in Steyr zu unterstützen.

Trotzdem stehe ich der Entwicklung sicherlich sehr kritisch gegenüber. Es findet zur Zeit eine Migration, eine Völkerwanderung statt. Experten rechnen damit, daß sich in den nächsten 10 Jahren ca. 50 Mio. Menschen über Asien, die Oststaaten, über Afrika und Frankreich in die hochindustrialisierten und entwickelten Länder in Bewegung setzen werden. Was da auf uns noch zukommt, können wir heute noch gar nicht abschätzen.

Ich möchte aber auf den eigentlichen Tagesordnungspunkt zurückkommen - Integrationsprojekt für

In- und Ausländer. Ich bin diesem Projekt zu Beginn auch etwas kritisch gegenübergestanden, weil ich glaube, daß in erster Linie die Ausländer integriert werden sollten und nicht die Österreicher. Wenn ich heute die Berichte gehört habe von den letzten Gesprächen im Stadtteil Resthof, dann waren dort ja durchwegs oder nur Inländer zugegen, die sich ihr Herz ausgeschüttet haben. Ich glaube, der Verein und dieses Integrationsprojekt müßten wesentliche Aufgaben erfüllen. Es ist richtig, daß man die Menschen zusammenführen muß, damit sie miteinander reden können. Dazu ist es notwendig, daß sie die Sprache lernen. Wir alle wissen, welche Probleme es gibt, wenn in einer Klasse mehrere ausländische Schüler sind. Das Niveau und der Lehrnerfolg bleiben wesentlich zurück, weil die Lehrer nicht im entsprechenden Tempo vorgehen können. Ich glaube, das wäre eine gute Aufgabe. Ich habe selber im Bekanntenkreis dieser Familie, die ich einmal unterstützt habe und noch unterstütze, einen Mann, der Mittelschullehrer ist und auch über die Volkshochschule solche Vorbereitungskurse für Volksschüler und Erwachsene geleitet hat. Ich glaube, das wäre ganz ein wichtiges Anliegen, daß dieser Verein und diese Integrationsbewegung vielleicht diese Sprachweiterbildung und Ausbildung für die Ausländer unterstützt. Ich glaube, es wäre aber auch ganz wichtig, und das lehnen die Österreicher bei uns in Steyr ganz entschieden ab, wie wir es ja auch im Steyrdorf gesehen haben, daß man diesen Leuten deutlich macht, wie unsere Kultur, unsere Sitten und Gebräuche sind, und daß sie sich eben denen unterzuordnen haben. Es wäre undenkbar, daß wir uns in einem anderen Staat so verhalten würden. Ich denke hier nur an die Zeremonien, wie manche unten in der Au z.B. Lämmer geschlachtet haben und ausbluten ließen - es waren Türken, wie ich weiß. Ich glaube, es ist auch eine Aufgabe, daß man sie mit unseren Sitten, Gebräuchen und Gepflogenheiten vertraut macht, und daß man sie darauf aufmerksam macht, daß sie sich, auch wenn sie große Familienverbände mit vielen Kinder sind, in ihrer Lautstärke und in ihrem Verhalten im Freien unseren Sitten anpassen sollen. Damit könnte man viele Probleme aus der Welt schaffen und so wäre auch das Unbehagen der Nachbarn, Anrainer und Mitbewohner im Resthof und in sonstigen Gebieten leicht zu beeinflussen und richtigzustellen. Hier sehe ich eine große Aufgabe. Wir werden dem Voranschlag und dieser Subvention von S 150.000,-- natürlich zustimmen, weil wir glauben, daß hier etwas geleistet werden soll und muß, und ich glaube, man sollte diese Arbeit auch effizient in diese Richtung betreiben, um die Ausländer wirklich zu integrieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Hr. GR. Hans Dieter Götz hat das Wort.

GEMEINDERAT HANS DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates.

Ich möchte diese Diskussion nicht unnötig in die Länge ziehen. Ein paar kurze Anmerkungen zu Herrn StR. Tatzreiter hauptsächlich, welcher einmal gesagt hat, daß von uns Österreichern auch sehr, sehr viele Leute im Ausland beschäftigt sind und auch froh sind, daß sie im Ausland arbeiten können. Dem pflichte ich voll bei. Es ist jedoch eines dabei zu bedenken; ich war selber Jahrzehnte im Ausland, bin großteils im Ostblock beschäftigt gewesen und habe mich dort - und das ist das Entscheidende, glaube ich, den Gesetzen und den Gepflogenheiten des Landes voll integriert und voll unterordnen müssen. Denn ich möchte nicht wissen, was mir passiert wäre, wenn ich in Rußland auf einer Baustelle, wo wir in einem Ghetto mehr oder weniger eingesperrt waren und uns max. 6 km im Umkreis von der Baustelle bewegen durften und alles was darüber hinausgegangen ist, nur mit einem Führer und angemeldet passieren durften, wenn ich mich nicht daran gehalten hätte. Wenn wir uns nicht den Gesetzen des Landes untergeordnet hätten, dann wäre es uns wahrscheinlich nicht so gut ergangen, wie den Leuten hier.

Weiter zum Wohnungsproblem bzw. zur Wohnungsvergabe im Resthof: Ich glaube, es ist keiner hier

im Raum der mich kennt und von mir sagen kann, daß ich ausländerfeindlich eingestellt bin. So ganz unwidersprochen kann ich dem nicht zustimmen, daß man sagt, daß es im Resthof keine Probleme mit den Ausländern bzw. mit den Wohnungsvergaben an Ausländer gibt. Das Problem ist aber dieses: Warum wollen keine Österreicher mehr in den Resthof? Das müßte man einmal untersuchen. Wenn alles so Eitel-Wonne wäre, was dort passiert mit den Ausländern, dann dürfte es jedoch keine Österreicher geben, die sich weigern, in diesen Stadtteil zu ziehen.

ZWISCHENRUF STATDRAT LEOPOLD TATZREITER:

Die Diskussion gab es schon immer, nur jetzt - wie Koll. Bremm gesagt hat - schiebt man es auf ...

GEMEINDERAT HANS DIETER GÖTZ:

Die Aussagen kommen ja von den Wohnungswerbern, und sie wissen es ja selbst am besten, es sind zuviele Ausländer. Wir wollen nicht in den Resthof. Wir können die Wohnungen im Stadtteil Resthof nicht vergeben, weil wir keine inländischen Werber für diese Wohnungen haben bzw. keine Mieter, die diese Wohnungen annehmen wollen. Dort liegt unser Problem. Wir können das sicher nicht hier und heute regeln, und wir werden auch in Zukunft nicht in der Lage sein, eine 100%ige Lösung zu finden.

Ich finde in Zeiten wie diesen, wo überall sparen angesagt ist - S 150.000,-- sind sicherlich kein großer Betrag - für eine Institution S 150.000,-- auszugeben, wo es andere Institutionen bereits gibt, die sich mit diesen Problemen befassen, stört mich. In Österreich fährt man manche Dinge doppelt und dreifach und fördert Dinge, welche schon im Laufen sind. Das ist nicht in Ordnung, und dabei mache ich nicht mit. Das ist auch der Grund, warum ich mich bei dieser Sache der Stimme enthalten werde. Nicht, weil ich gegen die Integration bin. Wenn die Ausländer integrationswillig sind, dann ja. Aber man soll in Österreich nicht Dinge doppelt und dreifach machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zweite Wortmeldung, Hrn. Stadtrat Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Die Vorwürfe des Hrn. Koll. Tatzreiter muß ich schon entschieden zurückweisen, weil, daß es schwarze Schafe gibt, ist überhaupt keine Frage.

WEITERE AUSSAGEN UNVERSTÄNDLICH.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung. Schlußwort - Referentin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es wurde ja schon sehr viel gesprochen. Ich komme zum Integrationszentrum „Paraplü“ wieder zurück.

Zum Herrn GR. Götz muß ich sagen: Es sind alle Mitarbeiter ehrenamtlich und aus innerer Überzeugung. Es ist die einzige Frau Mag. Frech, welche ein Gehalt bezieht. Die anderen arbeiten alle ehrenamtlich und unentgeltlich mit.

ZWISCHENRUF GR. HANS DIETER GÖTZ:

Warum dann 150.000,--? Wenn wir schon Vereine haben, die genau dasselbe tun und wollen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Was für eine Organisation haben wir, welche die Ausländer betreut? Wir haben keine andere. Die Frau Mag. Frech bezieht natürlich einen Gehalt, sie leitet aber auch den Verein. Ich glaube, es ist keiner hier, der etwas leistet, ohne daß er eine Entlohnung bekommt. Auch in unserem Kreis hier. Das sollte man auch einmal sagen.

Ich glaube, es war wirklich notwendig, und sie gehen auch auf unsere Wünsche ein, deshalb wurde der Beirat gegründet, damit von jeder Fraktion ein Mitglied im Beirat ist. Herr Dr. Pfeil ist das letztmal zu spät gekommen, aber er war im Beirat. Eine Woche vor dem Beirat ist die Einladung zugegangen und hier war auch die Einladung für das Bewohnergespräch im Resthof dabei. Jedes Beiratsmitglied, zu dem ja ihre Fraktion mit der Person Dr. Pfeil gehört, hat auch eine Einladung erhalten. Die anderen Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates haben keine Einladung bekommen, nur Hr. StR. Holub, der Hr. GR. Apfelthaler und meine Person. Wenn er den Termin nicht wahrnimmt, ist er selber Schuld. Er hat in den Beirat auch schon manchmal den Herrn StR. Eichhübl entsandt und dadurch hat sich dieser aber sehr positiv geäußert. Ich bin heute entsetzt, wie hier eigentlich über das „Paraplü“ gesprochen wurde. Im Beirat wurde ganz anders gesprochen, auch von eurer Fraktion. Das möchte ich hier schon sagen. Es ist wirklich als positiver Verein in Steyr angesehen worden. Ich glaube, der Herr GR. Apfelthaler kann mir das bestätigen. Es ist nie ein Wort von dem gefallen, was hier heute gefallen ist. Der Verein ist wirklich bemüht, überall Hilfe zu leisten. Vom Resthof waren sehr viele Meldungen bei meinen Sprechtagen, und deshalb war ich sehr bemüht, daß wir ein Bewohnergespräch machen. Beim Bewohnergespräch hat sich herauskristallisiert, daß eigentlich die Inländer mehr Probleme haben, aber nicht mit den Ausländern, sondern mit sich selber untereinander. Das war eigentlich das Ergebnis des Bewohnergesprächs im Resthof.

ZWISCHENRUF GR. FELICITAS BAUER:

Da brauchen wir einen neuen Verein!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir brauchen keinen neuen Verein. Man sieht aber, daß die Probleme bei den Inländern mehr sind, als bei den Ausländern. Ich glaube, das Positive an diesem Verein brauche ich nicht weiter hervorzuheben.

Es ist im Gespräch im Resthof nicht herausgekommen, daß sich jemand verunsichert, bedrängt oder beängstigt fühlt.

Frau Koll. Lohnecker hat es gesagt. Sie wohnt selber jahrelang im Resthof und hatte noch nie das Gefühl beängstigt oder verunsichert zu sein, oder bedroht zu werden.

Es wurde sehr viel gesprochen über den positiven Aspekt, und ich ersuche alle, daß sie diesem Antrag ihre Zustimmung geben, weil ich glaube, Freizügigkeit von Personen und Vermögen ist ein Menschenrecht und gilt eigentlich für die ganze Welt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen.

Wer ist gegen den Antrag? (3 Gegenstimmen -FP)

Wer enthält sich der Stimme? (2 Enthaltungen (FP))

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nächster Antrag bitte.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Antrag betrifft die Seniorenpaß-Änderung für die Jahre 1996 und 1997. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) SH-658/93 Seniorenpaß-Änderung der Ausgabevoraussetzung ab 1996/97

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. f. Soziales vom 20. 9. 1995 wird im Zusammenhang mit der Ausgabe des Seniorenpasses der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 16. 9. 1993 wie folgt geändert:

Der/die AntragstellerIn hat für die Ausstellung des Seniorenpasses einen Kostenbeitrag von S 200,-- zu entrichten. Bezieher von Ausgleichszulagen sind von der Entrichtung eines Kostenbeitrages befreit.

Diese Regelung wird mit der Ausgabe des Passes für 1996/97 erstmals wirksam.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Eine Wortmeldung, Herr Koll. Gabath bitte sehr.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem unsere Fraktion im Ausschuß diesem Antrag die Zustimmung schon erteilt hat, werden wir natürlich auch heute die Zustimmung geben. Wir sind aber sicher nicht sehr glücklich über die Erhöhung des Eigenbeitrages der Pensionisten, müssen jedoch die budgetäre Situation unserer Stadt zur Kenntnis nehmen. Ich ersuche aber sie, Frau Vizebürgermeister, die nächste Ausgabe so rechtzeitig zu planen, daß die von uns deponierten Änderungswünsche noch berücksichtigt werden können.

Weiters möchte ich aus hochaktuellen Gründen einen kleinen Abstecher von den Senioren zu unseren Jüngsten machen. Mich hat heute von der Pfarre Münchenholz eine Mitteilung erreicht bzw. Pfarrer Gappmayr hat mich ersucht, einige Schreiben an sie und an die beiden Vizebürgermeister und den Hrn. Magistratsdirektor zu übergeben, worin er schreibt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sie haben sich mit Frau Vizebürgermeister Friederike Mach und Herrn Anton Obrist am 22. 8. 1995 die Zeit genommen, unseren Caritas Kindergarten und Hort zu besichtigen. Leider war ich zu dieser Zeit auf Urlaub, habe aber von den Vertretern der Pfarre gehört, daß dieses Gespräch in einer sehr wohlwollenden Atmosphäre verlaufen ist.

An einen fälligen Umbau können wir aber nur herangehen, wenn der finanzielle Abgang zum Großteil von der Stadtgemeinde Steyr übernommen wird, wie das in fast allen oberöstr. Gemeinden geschieht. Dabei möchten wir darauf hinweisen, daß die Führung unseres Kindergartens und Hortes auch einen Dienst für den Stadtteil Münchenholz darstellt. Da die Pfarrgemeinde den entstehenden Abgang nicht mehr verkraften kann, hat der Pfarrgemeinderat in seiner Sitzung am 10. 10. 1995 folgendes beschlossen:

Wenn die Stadtgemeinde Steyr nicht bis Ende Oktober 1995 eine schriftliche Zusage wegen der Gewährung einer Abgangsdeckung, zur Zeit ca. S 350.000,-- jährlich, gibt, sehen wir uns gezwungen, den Kindergarten und Hort mit 31. 7. 1996 zu schließen. Das hieße, daß 50 Kindergarten- und 23 Hortkinder im kommenden Schuljahr woanders untergebracht werden müssen. Dieser Schritt ist gut überlegt und er schmerzt uns, weil wir eine Münchenholzer-Einrichtung nach fast 50 Jahren ihres Bestehens schließen müßten.

Ich hoffe, daß sie unseren neuerlichen Aufschrei hören. Mit freundlichem Gruß Pater Alois Gappmayr.

Ich persönlich schließe mich dieser Bitte an, das ganze Problem einer Lösung zuzuführen, denn es wäre wirklich schade, wenn dieser Kindergarten geschlossen wird. Ich möchte dazu noch sagen, daß ich vor 2 Wochen bei der Eröffnung am Wieserfeldplatz mit Frau Haumer gesprochen habe. Die Diözese Linz hat ihr als Caritas-Verantwortliche mitgeteilt, daß die Stadt dort daneben einen Kindergarten plant und daher die Diözese für einen Kindergarten der geschlossen wird nichts mehr zusteuern kann. Das ist mir jedoch relativ neu, daß dort daneben ein Kindergarten gebaut werden soll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Münchenholz? Nicht zutreffend.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Irgendwoher muß von der Diözese...

Ich habe Pater Gappmayr heute Vormittag, als er mir das alles brachte, ersucht, daß er bei der Diözese vehement dagegenspricht, weil das nicht wahr ist. So habe ich auch ihre Rückendeckung.

Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich nehme diesen Brief entgegen. Er wird natürlich bei den Budgetgesprächen mit in Behandlung genommen. Es gibt 3 Caritas-Kindergärten, einen Waldorf-Kindergarten, es gibt den Kindergarten Christkindl, der sich in Garsten befindet, wo ähnliche Forderungen kommen, und es gibt massive Abgänge bei den eigenen Kindergärten.

In Münchenholz selber sollte anstelle des Kindergartens in der Puschmann-Straße und des Kindergartens in der Leharstraße ein neuer gebaut werden. Das sind momentan unsere schlechtesten Kindergärten. Die Caritas-Kindergärten leisten natürlich einen wichtigen Beitrag, und es sind Steyrer Kinder, die dort hingehen, aber die Trägerschaft hat eben hier die Caritas und wenn hier die Caritas keine Zuschüsse mehr leistet, dann kann ich mir vorstellen, in welche Schwierigkeiten die Pfarre mit der Führung kommt. Wir werden das mit in die Beratungen nehmen. Im Hinblick auf die gewaltigen eigenen Finanzierungsprobleme wird darüber zu sprechen, allerdings nicht zu den einfachen Dingen gehören.

Mehr kann ich zu diesem Zeitpunkt wirklich noch nicht sagen.

Weitere Wortmeldungen? Frau Koll. Radmoser.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Ich glaube, über die Sinnhaftigkeit des Seniorenpasses dürfte es eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten geben. Es ist dies eine freiwillige Leistung der Stadt, die für unsere älteren Mitbürger als Hilfe und Unterstützung gedacht ist. Aber eine gewisse Treffsicherheit sollte es schon haben, daß es wirklich jenen zugute kommt, denen damit auch geholfen werden kann.

Zur Zeit sind im Seniorenpaß 80 Freifahrtsscheine, 12 Gutscheine für die Benützung des Hallenbades oder gegen Aufpreis für die Sauna und 20 kulturelle Gutscheine. Insgesamt ist der Wert des Seniorenpasses nicht ganz S 2.500,--. Wie wir heute beschließen sollen, soll dafür ein kleiner Beitrag von S 200,-- bezahlt werden, jedoch Personen, die ein sehr geringes Einkommen haben, bekommen diesen Paß gratis.

Jetzt kommt von der ÖVP der Vorschlag, alle jene Personen, die das Pensionsalter erreicht haben, sollen einfach eine 50%ige Ermäßigung auf alle Fahrten, auf alle Veranstaltungen und auf alles, was

die Stadt anbietet, genießen können. Ganz ist es für mich nicht einsehbar, wenn jemand eine Pension von S 30.000,-- hat und dann um 50 % ermäßigt fahren kann, die ganzen Veranstaltungen 50 % ermäßigt besuchen kann und auf der anderen Seite ist jemand mit einer Mindestrente, der auch die Hälfte zahlen muß. Jetzt hat er aber Freifahrtsscheine. Ich finde, das ist einfach eine soziale Unausgewogenheit, denn dem einen tut es weh und für den anderen fällt es nicht einmal ins Gewicht. Der spürt das gar nicht. Im Gegenteil, ich glaube wir sollten uns überlegen, ob wir nicht in Hinkunft eine Obergrenze einziehen sollten, bis zu welcher dieser Seniorenpaß gewährt wird, denn über die finanzielle Situation unserer Stadt sind wir uns ja alle im klaren. Damit diese Leistung auch später jenen zugute kommt, die es benötigen, müßte das einfach eine Überlegung wert sein. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung, Hr. Koll. Straßer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Ich glaube, ganz so haben wir das nicht verstanden. Es geht nicht darum, daß es jeder bekommen soll. Wir haben einfach eine Vereinfachung gesucht. Wir haben gesagt, wenn einer heute 60 Jahre ist - der wird nicht mehr jünger - brauche ich ihm den Ausweis ein einziges Mal zu geben, und er kann ihn nehmen. Wir haben sehr viele Einrichtungen, z.B. bei der Bundesbahn oder beim Bus, wenn sie diese Familienmarke wollen, müssen sie hingehen. Das gleiche könnte man auch bei uns machen. Es gäbe am Magistrat eine Stelle und ab - meinetwegen - 15. Dezember gibt es diese Freifahrtsscheine. Dort geht man mit dem Ausweis hin, unterschreibt und holt sich alles.

Bezüglich ihres Schreibens Frau Vizebürgermeister, daß das eingeschrieben erfolgen soll, und daß das Zuschicken so viel Geld kostet. Ich glaube, wenn ich heute etwas geschenkt bekomme, dann muß ich auch so weit sein, daß ich es mir unter Umständen auch abhole. Es ist nicht sehr viel Unterschied, ob er heute

Irgendwann fährt jeder einmal in die Stadt und dort kann man das gesamte Paket abholen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Eine weitere Wortmeldung, Hr. GR. Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat, Frau Koll. Radmoser.

Ich kann ihnen zu ihrem Vorschlag nur beipflichten. Ich habe selber einmal im Sozialausschuß gesagt, man sollte sich überlegen, ob eine Hofratswitwe auch diese Seniorenpaßgeschichte bekommt. Damals wurde von Seiten des Herrn Dr. Starzengruber gesagt, es wäre so umständlich das herauszufiltern, wer bekommt es und wer nicht. Das geht einfach nicht. Da haben wir mehr Kosten beim Herausfiltern als wir uns ersparen würden.

Ich glaube, wir sollten schon überlegen, in Zeiten des Sparpaketes, hier Einkommensgrenzen festzulegen.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Nicht mehr!

Schlußwort!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte mich natürlich der Wortmeldung von Herrn GR. Fürweger auch anschließen, daß wir eine Einkommensgrenze machen sollen. Wir können es auch so machen, daß es nur mehr an Pensionisten mit einer Ausgleichszulage ausgegeben wird. Diese Möglichkeit haben wir ja auch. Ich glaube, die anderen Karten fließen uns ja auf einer Art und Weise wieder zu. Wir lassen deswegen nicht mehr Wasser ein, wenn Pensionisten ins Hallenbad gehen, wir brauchen nicht mehr Autobusse, weil sie den Bus benützen, und wir machen keine zusätzlichen Theaterveranstaltungen. Es ist nur eine Bereicherung, daß man ihnen ein Angebot bietet.

Ich glaube, im Grunde genommen betreffen die Gratissachen, oder jene zum Teil mit Aufpreisen, alles unsere städt. Unternehmungen. Es entstehen ja keine zusätzlichen Kosten in dem Sinn, wir haben dadurch ja auch eine Einnahme. Wir haben in den 2 Jahren ca. S 330.000,-- pro Jahr eingenommen. Außer den Druckkosten haben wir ja keine Ausgaben.

Ich bin selbstverständlich dafür, daß man Einkommensgrenzen macht. Ich glaube auch, daß eine Witwe mit S 30.000,-- Pension sich wohl alles mit Eigenmittel kaufen könnte. Aber ich glaube, für die nächsten 2 Jahre bleibt es wie gehabt. Dann werden wir miteinander versuchen eine günstige Lösung zu finden und jede Fraktion soll mir Vorschläge vorlegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, gibt bitte ein Zeichen. Danke sehr.

Jemand dagegen? Jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Durch Blickverbindung habe ich festgestellt, daß sich eine Pause abzeichnen soll. Diese soll 15 Minuten dauern. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 16.27 - 16.50 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort.

Nachdem der Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil sich heute entschuldigt hat und nicht, wie das im Stadtstatut vorgesehen wäre, einen anderen Kollegen im Stadtsenat mit seiner Vertretung beauftragt hat, werde ich gem. § 36 Abs. 2 des Statutes der Stadt Steyr Hrn. Kollegen Ing. Schloßgangl bitten, hier seine Antragstellungen zu übernehmen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL ANSTELLE VON HERRN VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Im ersten Antrag geht es um die Aussetzung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Stadtgebiet über die Mittagszeit - Umrüstung der Parkscheinautomaten (PSA).

5) Verk-R-128/1995 Aussetzung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Stadtgebiet über die Mittagszeit - Umrüstung der Parkscheinautomaten (PSA)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB IV, FA. f. Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 29. 9. 1995, wird der Auftrag zur Umrüstung von 28 Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Steyr infolge der Aussetzung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen über die Mittagszeit (12.00 - 13.30 Uhr) an die Neuhauser Verkehrstechnik GesmbH, 4053 Pucking, Untere Landstraße 40, zum Preis von S 98,994,94 erteilt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 99.000,-- von der VAST. 5/6400/771000/2 auf die VAST. 5/6401/05000/2 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VAST. 5/6401/05000/2 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu das Wort? Herr Koll. Tatzreiter bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertees Präsidium.

Dieser Antrag braucht schon seine Zeit, wie man feststellt, er wurde schon einmal zurückgestellt usw., es hat schon einiges an Abläufen gegeben. Wir haben uns auch im Verkehrsausschuß mehrmals damit beschäftigt, und er hat, unterschiedlicher Natur, auch zu seinen Beschlüssen geführt.

Persönlich merke ich an, und aus der Sicht der Sozialdemokratischen Fraktion stellen wir fest, daß wir genau mit diesem Beschluß eine Mindereinnahme der Stadtgemeinde zuführen, in der Größenordnung von ca. 1,5 Mio. S etwa und einem zusätzlichen Aufwand von S 100.000,-- Umrüstkosten dieser Automaten. In diesem Zusammenhang müssen wir feststellen, daß uns seit Jahren der autofreie Stadtplatz in Steyr bewegt. Wir versuchen seit Jahren eine Lösung herbeizuführen, wie wir das irgendwann einigermaßen gestalten können, sofern es finanziell der Stadt möglich ist, und zum anderen versuchen wir auch, unter Umständen einen Betreiber zu finden, der sich möglicherweise mit einer citynahen Parkgarage beschäftigt. Dem widerläuft natürlich so ein Antrag in diesem Zusammenhang, und ich glaube auch nicht, daß es insofern zielführend ist. Nicht nur, daß der Stadtplatz autofrei gemacht wird, sondern das wichtige Einnahmen und auch sichere Einnahmen dadurch weggesteuert werden und zum anderen, daß wir unserer Auffassung nach, wahrscheinlich in diesem Zusammenhang, wenn wir nicht diesen Riesenschritt machen, auch die citynahe Parkgarage damit möglicherweise nicht zustande kommt.

Diese Gefahr droht, und ich vermeine auch nicht hier zu schweigen, sondern wir sollten uns klar dazu deklarieren, und wir werden diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben. Wir haben das schon mehrmals geäußert, und ich meine, daß wir hier guttun, dieses noch einmal zu überlegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster Herr Koll. Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Auch die GAL-Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen.

Wenn die SPÖ-Fraktion und die GAL-Fraktion diesen Antrag ablehnen, wird es wahrscheinlich zu keiner Mehrheit kommen. Trotz alledem wird es zur Exekution dieses Beschlusses kommen, da der Gemeinderat in diesem Fall lt. Stadtstatut wahrscheinlich nur eine Kenntnisnahmefunktion haben wird, d.h., wenn dieser Antrag abgelehnt wird, wird er nicht zur Kenntnis genommen, aber er wird trotzdem durchgeführt werden.

Ich finde es sehr schade, daß die Statuten in diesem Falle so lauten.

Zum Beschluß selber glaube ich, daß wir damit wieder in die verkehrspolitische Steinzeit abrutschen oder sogar noch weiter. Ich weiß nicht genau, was vor der Steinzeit war, aber es gibt sicherlich noch einige Zeiten vorher.

Ich würde nichts sagen, wenn das ein einmaliger Beschluß gewesen wäre, denn irren kann man sich einmal. Aber so wie es aussieht, irren sich manche hier schon zu oft.

In letzter Zeit sind einige Beschlüsse gefallen, die wirklich in das verkehrspolitische Steinzeitalter hineinreichen. Im letzten Verkehrsausschuß hat es einen Tagesordnungspunkt gegeben, wo man durch verschiedene Maßnahmen den Autobusverkehr beschleunigen wollte, z.B. Parkverbote usw. Man wollte damit den Autobusverkehr schneller machen, dadurch sollte er attraktiver werden. Diesem Beschluß ist man leider nicht nachgekommen und hat großteils diese Maßnahmen abgelehnt.

Dieser Beschluß der Aufhebung der Parkgebühren zu Mittag, ist meines Erachtens einer der größten

verkehrspolitischen Nonsens, welchen wir hier in Steyr hatten.

Neben der Weigerung, durch kleinere Maßnahmen den Busverkehr in einigen Stadtteilen flüssiger und dadurch schneller zu machen, sind wir ja auch im Fußgängerverkehr im Rückstand. Es gibt noch immer nicht diese durchgängigen Grünphasen im Fußgängerampelbereich, d.h., man geht über eine Straße und muß dann 2 Minuten warten, bis man über die nächste Straße hinüber gehen kann. Das sind nur einige Beispiele, welche im Verkehrsbereich bis jetzt vernachlässigt wurden. D.h., bis jetzt agiert man gegen diese Grundsatzbeschlüsse, die vor dem Verkehrskonzept beschlossen wurden. Man hat damals ganz groß gesagt, wir wollen den öffentlichen Verkehr zugunsten des Individualverkehrs fördern. Man versucht jedoch mit allen Mitteln den motorisierten Individualverkehr, d.h. den privaten PKW-Verkehr zu fördern.

Die ganzen Beschlüsse, die wir damals gemacht haben, sind im Grunde nicht einmal das Papier wert, auf dem sie stehen. Ich möchte nicht von den 1,5 Mio. Schilling oder knappen 1,5 Mio. Schilling sprechen, die uns jetzt durch diesen Beschluß entgehen werden und davon, was man damit hätte machen können. Wir hätten z.B. einen Großteil des Werbekonzeptes für den öffentl. Verkehr übernehmen können. Wir hätten ca. ein Dreiviertel des Kaufpreises für einen neuen Bus übernehmen können und, und ...

Es gibt viele Sachen, die wir uns vorgenommen haben, aber bis jetzt wegen fehlender Geldmittel nicht durchführen konnten. Jetzt kommt noch so ein Beschluß, der uns noch geringere Spielräume läßt, und aus diesem Grund werden wir hier nicht zustimmen, und wir werden immer wieder versuchen, auf die gefaßten Grundsatzbeschlüsse hinzuweisen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Koll. Jansky nächste Wortmeldung.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des noch verbliebenen Gemeinderates. Es sind inzwischen schon sehr wenige geworden.

Dieser Antrag, der über Anordnung des Herrn Vizebürgermeister und Verkehrsreferenten an den Gemeinderat gestellt wurde, ist ein Antrag, den die Steyrer Wirtschaft, die Innenstadtkaufleute und die Gastronomen an den Verkehrsausschuß gestellt haben.

Ich habe mich gefreut, daß wir diesen Antrag nach langem Ringen im Verkehrsausschuß und nach einer Verschiebung der Durchführungsbestimmungen heute behandeln. Ich bin der Meinung, daß es der Wirtschaft mit diesem Antrag wirklich ernst ist, daß man die Kaufkraft in der Innenstadt belassen soll und die Attraktivität der Innenstadt auch dadurch steigern kann, wenn man die Kurzparkzonengebühr über die Mittagszeit aussetzt.

Es sind nicht nur die Gastronomen, wie immer angesprochen wird, die davon profitieren, es sind Banken, die offen haben und Kaufhäuser

ZWISCHENRUF BETREFFEND BANKEN.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Alle Banken haben ihre Dienstzeiten bis 12.30 verlängert, alle Banken im Stadtgebiet. Es sind auch genug Kaufhäuser, die über die Mittagszeit offen haben, es sind die Kleiderhäuser, die über die Mittagszeit offen haben, und ich bin sehr der Meinung, daß die Leute das auch ausnützen. Wenn man in letzter Zeit zu Mittag auf den Stadtplatz schaut, sieht man, daß es momentan schwierig ist, noch einen freien Parkplatz zu bekommen. Auf Anordnung des Herrn Bürgermeisters wurde ja die Überwachung über Mittag ausgesetzt. Ganz entgegen vor 3 - 4 Monaten, wo dieses noch nicht der Fall war, da waren immer genügend Plätze vorhanden.

Eine citynahe Parkgarage, über die Hr. Stadtrat Tatzreiter gesprochen hat, ist ein großes Anliegen von uns. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es für den Betreiber einer Parkgarage irgendeinen Einfluß hat, ob wir jetzt zu diesem Zeitpunkt eine Gebührenbefreiung über die Mittagszeit einführen. D.h., wir werden keinen Betreiber einer Parkgarage finden, der in Zukunft dieses Parkhaus mit einem Stundensatz von S 10,-- führt. Wenn das Parkhaus in Betrieb gehen würde, müßten wir die ganzen Gebühren überdenken und damit fehlt das Argument, daß man in einigen Jahren wieder S 100.000,-- in die Hand nehmen muß, damit man die Parkscheinautomaten wieder umstellt. Das fällt für mich weg, weil das wird man sowieso tun müssen. Man wird die Mittagszeit dann sicher wieder vergebühren müssen und dann wird man die Parkgebühren im Bereich dieser Parkgarage sicher erhöhen. Ich glaube dieses Argument stimmt sicher nicht.

Ich möchte auch noch eines dazu sagen. Ich bin ein guter Freund des Herrn Hoteliers Mader, der auch in diesem Verein „Treffpunkt Altstadt“ ist. Dieser sagt immer, wir müssen eine positive Meldung für die Stadt bringen. Wir müssen den Konsumenten zeigen, daß wir bemüht sind, daß sie wieder zu uns in die Stadt hereinkommen. Wenn dieser Beschluß über die Gebührenaussetzung über die Mittagszeit durchgeführt wird, dann ist das eine positive Meldung, und wir werden diesen Verlust an Geldmittel sicher im Wege der Umwegrentabilität hereinbekommen. Zu dem, was Herr StR. Tatzreiter gesagt hat, daß wir S 1,5 Mio. an Parkgebühren verlieren, muß ich sagen, das stimmt in keiner Weise. Uns wurde am 22. 6. beim Verkehrsausschuß vom Magistrat mitgeteilt, daß der Entfall an Parkgebühren für die Mittagszeit ca. S 900.000,--, jedoch nicht allein am Stadtplatz, ausmacht. Weiters war ursprünglich noch diese halbe Stunde am Morgen dabei, die im Antrag mit dabei war. Sie sagen aber nichts davon, daß im neuen Überwachungsvertrag, den wir im nächsten Tagesordnungspunkt haben, eine Reduzierung der Überwachungsgebühr von S 330.000,-- auf S 310.000,-- erfolgt, und wir uns dadurch S 240.000,-- ersparen.

Ich glaube, daß diese Verhandlungen mit der Überwachungsgesellschaft schlecht gelaufen sind, denn wenn ich von 54 Überwachungsstunden/Woche auf 46,5 reduziere, dann sind das um 14 % weniger Überwachungszeit und dieser Nachlaß der uns gegeben wird, das sind nur 7 % von 330.000,-- auf 310.000,--. Ich glaube, man hätte sich dort auch zumindest 10 - 14 % holen können und dann würden diese Verluste, die wir aus der Gebührenaussetzung haben, bedeutend geringer sein.

Ich wünsche aber trotzdem, daß dieser Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Pfeil seine Zustimmung auch im Gemeinderat erhält und es nicht so kommt, wie der Herr Vanek sagt: „Im Gemeinderat wird es abgelehnt, aber es wird trotzdem gemacht“.

BEIFALLSKUNDGEBUNG DES HERRN GR. FÜRWEGER.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Herr Koll. Vanek zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich sage kurz noch etwas zum Thema positive Meldung, weil das so brennend ist. Ich glaube, es gibt eine Menge positiver Meldungen in Steyr, die weit über dieses Parkgebührenthema hinausgehen. Man braucht nur ein bißchen nachdenken, dann kann ich ihnen gleich 12 auf einmal sagen.

Der Herr Hotelier Mader hat ja selber gesagt, ihm bringt diese Auflassung der Parkgebühren über Mittag überhaupt nichts. Das hat er irgendwann einmal in der Rundschau gesagt. Ich weiß also nicht, für wen wir es im Grunde machen, weil die Banken haben bis 12.30 Uhr geöffnet und sperren erst um 14 Uhr wieder auf. Ich weiß nicht, wieviel Geschäfte im Stadtgebiet überhaupt noch über Mittag offen haben.

Zu den Gebührenänderungen: Koll. Jansky hat es erwähnt, daß man dann, wenn wir die Parkgarage bekommen, noch einmal zu einer Gebührenänderung kommen. Dazu gebe ich ihnen Recht. Es wird uns schon im nächsten Jahr eine weitere Gebührenänderung erreichen, denn es ist auf Landesebene ein Gesetz in Ausarbeitung, in welchem die einzelnen Gebühren im Land OÖ vereinheitlicht werden. Hier gibt es einen Vorschlag, für 10 Min. 2,-- einzuheben. Nach Auskunft des Herrn Ferrari von der Verkehrsabt. wird das höchstwahrscheinlich schon im nächsten Jahr kommen, d.h. wir brauchen dann wieder S 100.000,-- für die Umänderung der Automaten und der Tafeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung?

Nach einmal Hr. STR. Tatzreiter bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich glaube schon, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß es einen Einfluß nehmen wird, wenn wir jetzt diesen Beschluß in dieser Form fassen. Die Parkgebührenordnung, die man eingeführt hat, ist relativ gut angekommen, muß ich ehrlich sagen, denn alle Autofahrer waren damit zufrieden, weil jeder einen Platz am Stadtplatz gefunden hat. Ich stelle das persönlich fest, weil es in Linz schon viel früher war als bei uns. Wenn ich nach Linz gefahren bin, habe ich nicht das Problem gehabt. Früher war es auch ein ähnliches oder gleiches Problem, wie es jetzt wieder am Stadtplatz wird. Jetzt lassen wir die Gebühren am Stadtplatz auf und nachher müssen wir sie wieder einführen und erhöhen. Wie sich das politisch auswirkt und wie das die Autofahrer beurteilen, wenn es so weit sein wird, diese Frage lasse ich noch offen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung? Schlußwort des Referenten. Er verzichtet.

Wir schreiten jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ein Zeichen zu geben.

13 Pro-Stimmen (5 FP + 8 VP)

Wer gegen den Antrag stimmt, bitte ich auch ein Zeichen zu geben.

12 Gegenstimmen (10 SP + 2 GAL)

Wird auch Stimmenthaltung geübt?

Nicht der Fall.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nächster Antrag bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL ANSTELLE
VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet der Stadt Steyr, Verlängerung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst Chwoyka & Co. KG. Der Antrag lautet:

6) VerkR-5629/92 Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet d. Stadt Steyr, Verlängerung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst Chwoyka & Co. KG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA. für Privatrechtsangelegenheiten vom 6. 7. 1995, wird dem Abschluß eines Vertrages mit dem Österr. Wachdienst, Chwoyka & Co. KG, 4600 Wels, Eisenhowerstr. 20, zur Fortführung der Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet der Stadt Steyr zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Keine Wortmeldung.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke.

Wer ist gegen den Antrag? Niemand.

Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. Koll. StR. Schloßgangl für den Vortrag der Akten des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Pfeil und bitte ihn nun, seine originären Anträge vorzubringen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem eigenen ersten Antrag geht es um den Ausbau der Gußwerkstraße BA 3 vom Gußwerk II bis zur Mannlicherstraße.

Mein Antrag lautet:

7) BauStr - 396/94 Ausbau der Gußwerkstraße BA 3 vom Gußwerk II bis zur Mannlicherstraße

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. 9. 1995 werden für den weiteren Ausbau der Gußwerkstraße BA 3, vom Parkplatz Gußwerk II bis zur Mannlicherstraße, die im Haushaltsplan 1995 vorgesehenen Mittel in Höhe von S 2.000.000,-- bei der VSt. 5/6120/002030.4 freigegeben.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung.

Kommen wir also gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat lautet:

8) Bau Gru - 56/95 FlächenwidmungsplanänderungNr. 92 - BMW Österreich HoldingGesmbH

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 92 wird entsprechend den Plänen der FA. für Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 8. Aug. 1995 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA. f. Baurechtsangelegenheiten vom 2. 10. 1995 gem. §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBL. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Dann kommen wir auch in diesem Fall zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, bitte ein Zeichen zu geben. Danke sehr.

Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Hrn. Koll. Schloßgangl. Nächster Bericht - Herr StR. Ing. Spanring bitte. Der Umweltbericht 1994.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. Dietmar SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Ich habe heute den Umweltbericht 1994 vorzubringen. Einleitend möchte ich dazu feststellen, daß die Form des Umweltberichtes in dieser Art heuer zum letzten Mal so vorgetragen wird. Wir werden uns dem Vorschlag des Rechnungshofes, auch im Umweltausschuß bereits besprochen, anschließen, einen zweijährigen Berichtsraum zu wählen, um nicht nur Vergangenes zu berichten, sondern auch Nachhaltiges, Zukünftiges im neuen Umweltbericht darzustellen. Es ist gerade der Umweltbericht des Landes OÖ herausgekommen, das ist ein Berichtszeitraum von 5 Jahren. Das möchten wir sicher nicht, sondern wir sollten zumindest einmal versuchen, einen Zweijahresbericht vorzubringen.

Zum Bericht selbst:

Punkt 1 - die Luftverhältnisse:

Die Luft in OÖ war fast ausschließlich durch Ozon belastet. Die übrigen Schadstoffe, die vor allem für die Luft in Linz charakteristisch waren - SO₂, Staub und Stickoxyde - sind weitgehend verschwunden.

Auf die Luftbelastung in Steyr bezogen kann man sagen, daß die Grenzwerte der Ozonvorwarnstufe nicht erreicht wurden.

Betreffend den Punkt 3) - Trinkwasser, das uns an sich in seiner Problematik die nächsten Jahre und Jahrzehnte noch intensiv beschäftigen wird, möchte ich zusammenfassend zuerst feststellen, daß das Trinkwasser der Stadtwerke Steyr grundsätzlich völlig unbedenklich ist. Ich möchte dazu vielleicht eines festhalten: Im Rahmen der Veranstaltung „Lebensmittel Wasser“ die Ende September in Garsten stattfand, mit der Probe C, wurden hier mehrere Wasserproben genommen und festgestellt, daß das Wasser von Steyr, das am besten schmeckende Wasser ist. Ich denke, daß das für die Qualität unseres Wassers spricht.

Es ist unter anderem auch nur deshalb der Fall, da unter Einsatz modernster Technologien und unter beachtlichem Kostenaufwand das verunreinigte Grundwasser durch Errichtung von Sperrbrunnen bzw. mittels Strippanlagen abgereinigt wird. 1994 wurde eine weitere Trinkwasserproblematik sichtbar. Aufgrund der verfeinerten Untersuchungsmethoden wurde festgestellt, daß das Grundwasser in den Brunnenfeldern Dietach und Tinsting durch das von Atrazin stammende Abbauprodukt Desethylatrazin kontaminiert war. Das brachte die entsprechende Verordnung beim Landeshauptmann, für die Region Steyr eine Ausnahmegewilligung bis zum 1. 8. 1996 zu erteilen, wobei eine Überschreitung des Desethylatrazingehaltes bis 0,4 Mikrogramm genehmigt worden ist.

Gleichzeitig wurde jedoch auch der Wasserverband verpflichtet, die Verbraucher von der Tatsache der Grenzwertüberschreitung zu informieren und gleichzeitig die erhobenen Grenzwerte 1 x im Jahr zu veröffentlichen.

Grundsätzlich möchte ich zum Problem Wasser feststellen, daß die nachhaltige Versorgung der Stadt Steyr, aber auch der Region, 2 Kriterien bringt. Für mich 2 wichtige Punkte.

Punkt 1 ist, daß die eigene Wasserversorgung - sprich unser Brunnenschutzgebiet - wie der eigene Augapfel zu behandeln ist und alles zu unternehmen ist, um auch zukünftig aus diesem Wassergebiet das Wasser für die Stadt Steyr und auch für die Umfeldregion zu erhalten.

Als zweites jedoch sollte man versuchen, auf ein zweites Standbein zu treten. Ich denke, wenn man das Projekt Molln betrachtet, das eher in sehr, sehr weite Ferne gerückt ist, was ich auch in dieser Veranstaltung „Lebensmittel - Wasser“ dargestellt habe und auch schon einmal in einer Vorstellung beim Magistrat war, und zwar das Projekt der Ennskraftwerke, über Uferfiltrat aus der Enns eben entsprechende Wasserversorgung zu erhalten - ein Projekt oder eine Vorgangsweise, die europäblich ist, aus vielen Flüssen aus Uferfiltraten eben das Wasser gewonnen wird - und ich denke, daß wir hier eben auf Sicht gesehen, um nachhaltige Wasserversorgung für die Stadt Steyr und für die Umlandgemeinden zu gewährleisten, in dieses Projekt für die Stadt einsteigen sollten und das entsprechend entwickeln sollen.

Betreffend Abfall sei gesagt, daß die seit dem Jahr 1987 geführten Aufzeichnungen den Trend zur erfolgreichen Abfalltrennung bestätigen. Ich möchte von dieser Stelle hier den Steyrern und Steyrerinnen Dank und Anerkennung aussprechen, daß die Mülltrennung und Müllentsorgung in dieser vorbildlichen Art und Weise vor sich geht. Zur Unterstützung wurde jetzt der Entsorgungswegweiser von uns herausgegeben. Ich denke, ein wirkliches Hilfsmittel, um eben entsprechend die Abfälle a) zu entsorgen, aber auch b) Verständnis zu entwickeln und zu lernen, auch Müll zu vermeiden. Für die Erstellung des Entsorgungswegweisers möchte ich auch an dieser Stelle hier den Leuten aus der Umweltausschusses meinen Dank aussprechen, die wirklich in vorbildlicher Art und Weise diesen Entsorgungswegweiser erstellt haben und grundsätzlich ihre Arbeit im Dienste der Umwelt, im Dienste der Beratung an den Bürgern wirklich zur vollsten Zufriedenheit und mit Engagement durchführen.

Zum Containernetz sei grundsätzlich gesagt, daß bis Jahresabschluß insgesamt 1.404 Sammelcontainer an weit mehr als 380 Standorten der Steyrer Bevölkerung zur Verfügung standen. Im Hinblick auf die Biotonne, die mit Juli begonnen wurde, ist zu sagen, daß im Stadtteil Münchenholz und Ennsleite ca. 5800 Haushalte mit über 630 Biotonnen an das Entsorgungsnetz angeschlossen waren. Der nächste Aufschließungsbereich ist der Resthof, der nun permanent begonnen wird.

Betreffendes Zahlenmaterial liegt ja vor und hat jeder Gemeinderat für sich zum Studium bekommen. Weiters ist zu sagen, daß der Hausmüll, so wie in den Vorjahren, eine weitere Absenkung gebracht hat. Das Sperrmüllaufkommen pendelt sich in einer gewissen Höhe ein. Beim Gewerbemüll ist eine Stagnierung zu erkennen, bzw. ich denke sogar eine kleine Absenkung, weil einfach die Betriebe auch aus Einsparungs- und Kostengründen ihre Abfälle sehr umweltbewußt behandeln.

In diesem Sinne möchte ich den Antrag des Umweltausschusses der Stadt Steyr stellen:

9) UMW - 28/1994 Umweltbericht 1994

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der seitens der FA. f. Umweltschutz und Abfallwirtschaft erstellte Umweltbericht für das Jahr 1994 wird zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diesen Vortrag. Zum Wort gemeldet Hr. GR. Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Zwei Punkte zum Umweltbericht:

Bei einem Punkt, nämlich Wasser, möchte ich den Hrn. Koll. Spanring unterstützen. Ich habe auch im Umweltausschuß auf das zweite Standbein schon hingewiesen. Die Ennskraft beschäftigt sich ja schon seit Bestehen mit allen Aspekten des Wasserkreislaufes im Einzugsgebiet der Enns. Dazu gehören auch natürlich die Grundwasserfelder und heute werden schon 75.000 Bewohner des Ennstales mit einwandfreien Trinkwasser versorgt. Die Ennskraft hat die vom Hrn. Koll. Ing. Spanring angesprochene Studie mit Meßprogramm und Unterstützung der TU Wien und Innsbruck erstellt. Interesse ist auch vorhanden. Daher auch meine Bitte an die Stadt, eventuell hier ein zweites Standbein bezüglich Trinkwasser zu suchen.

Der zweite Punkt den ich ansprechen möchte, ist das Brauchwasser. Was mir leider noch immer fehlt, ist ein Brauchwasserkonzept über die Brauchwasserversorgung. Es tut eben jeden umweltbewußten Bürger weh, wenn man z.B. an die WC-Spülung denkt, bei der 8 - 10 l reines Trinkwasser in den Kanal fließen. Ein Konzept mit allen Vor- und Nachteilen wäre daher sicherlich mehr als überfällig und notwendig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Koll. Fürweger zunächst, Hr. Vanek als nächster.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium und Gemeinderat,

meine Herren Stadträte Ing. Spanring und Bremm.

Es ist ja kein Geheimnis mehr. Anfangs der Sitzung haben sie so ein Geheimnis daraus gemacht, bezüglich der Ressortverteilung. Lt. den Stadtsenatsakten ist es ersichtlich, daß nun der Herr Stadtrat Bremm für die Umwelt zuständig ist. Ich werde also zu beiden Herren vorwiegend sprechen. Herr STR. Spanring hat seine Sache ja ganz gut gemacht, aber es ist jetzt ein neuer Stadtrat verantwortlich.

Vielleicht zum personellen des Umweltausschusses überhaupt. Wir haben 12 Mandatare mit Stimmrecht und einen Mandatar mit beratender Stimme, und wir haben auch einen Umweltbeirat. Dieser hat über 20 Mitglieder. Wenn man im Umweltausschuß des öfteren dabei ist, so sieht man diese 20 Mitglieder des Umweltbeirates nicht. Ich habe noch nie jemanden vom österr. Alpenverein, vom ASKÖ Schiverein, vom Schiclub Steyr-Musica oder vom österr. Gewerkschaftsbund gesehen. Die Leute habe ich überhaupt noch nie gesehen. Ich glaube, der Umweltbeirat wurde geschaffen, um

die Effizienz des Umweltausschusses zu steigern und deshalb sollte man schon schauen, ob diese Liste noch aktuell ist und ob es diese Leute noch interessiert hier mitzutun. Es gibt dabei auch die Kinderfreunde mit Herrn Oppl. Es wäre vielleicht ganz praktisch, wenn er gleich im Umweltausschuß drinnen wäre. Beim Hrn. Koll. Huber ist es so. Er ist als Vertreter des Siedlerverbandes nominiert und auch gleichzeitig im Umweltausschuß. Wir könnten ein bisserl schlanker werden und vielleicht noch effizienter. Das zur Personalsituation im Umweltausschuß.

Herr StR. Ing. Spanring hat erwähnt, er möchte den Umweltbericht, dies gilt jetzt schon wieder für Herrn StR. Bremm, nur alle 2 Jahre machen, weil es der Rechnungshof so vorgeschlagen hat. Ich habe im Umweltbericht 1991 herausgelesen, nunmehr wird seitens des Rechnungshofes ein jährlicher Umweltbericht angeregt. Das ist gerade das Gegenteil von dem, was sie behaupten. Ich glaube, daß es wichtig ist, wenn wir uns jedes Jahr einmal hier mit der Umwelt auseinandersetzen. Ich glaube auch, daß man den nicht schlanker machen soll. Es haben hier alle Themen Platz zu finden. Es ist einfach so wichtig, es greift auch auf andere Ausschüsse über, auch auf unser Gemeinwohl. Da kann man nicht sagen, das machen wir nur alle 2 Jahre, und dabei reden wir auch nur über die Luft und über den Abfall, und alles andere lassen wir weg.

Zu den einzelnen Kapiteln jetzt. Beim Bericht vom Hrn. StR. Ing. Spanring über die Luft ist mir ein bisserl die Steigerung des Ozons abgegangen. Das ist markant. Wir haben eine Steigerung des Ozons, wir hatten Vorwarnung im Jahre 1994, und ich glaube, die Stadt muß sich Gedanken machen, wie wir uns schützen können. Wir können sowieso nicht verhindern, daß Ozon nach Steyr importiert wird. Es wird zum Teil aber auch in Steyr von den Autoabgasen hervorgerufen. Wir sollten uns überlegen was zu tun wäre, wenn es wirklich zu einer Vorwarnung kommen würde. Sind wir vorbereitet? Haben wir wirklich Maßnahmen getroffen, daß der Autoverkehr dann weniger wird, daß der öffentliche Verkehr diese Leute übernehmen kann? Hier fehlt es überhaupt an Konzepten.

Zum Wasser: Die Wasserproblematik zeigt sich beim Atrazin. Wir haben beim Brunnen Dietach eine Steigerung beim Atrazin bis zum Doppelten des Grenzwertes und etwas darüber beim Brunnen Tinsting. Es muß uns schon zu denken geben. Der Verfassungsgerichtshof hat Atrazin wieder erlaubt. Er hat den Bauern erlaubt, das Atrazin wieder auf die Felder zu bringen. Auch hier sind alle von uns aufgerufen, alles zu unternehmen, daß wir nicht unser Wasser vergiften. Es soll auch kein Freibrief sein für die Bauern, wenn wir in Richtung Molln schauen, daß sie alles daraufschmeißen dürfen, was sie wollen, weil wir sowieso das Wasser in der Zukunft aus Molln haben. Das ist nämlich die Gefahr, und sie tun sich noch weniger an.

Zum Abfall: Hier ist ein Punkt herauszuheben; und zwar das Papier. Das hat nämlich ziemlich stark zugenommen. Wir haben hier von 2.024 t eine Steigerung zu 1994 auf 2.476 t. 452 t Papier sind mehr gesammelt worden, d.h. es wird vor unsere Wohnungstüren einfach mehr hingeschmissen. Es ist eindeutig die Werbewirtschaft, die uns jährlich 450 t Papier mehr beschert. Das sollen unsere Bürger sammeln, und man muß sie loben, sie trennen es sehr schön. Nur die Produzenten erfinden nach wie vor die tollsten Verpackungen, und die unglaublichsten Einwegscherze kommen auf uns zu. Also von Müllvermeidung kann man von der Produzentenseite noch nicht sprechen. Der Bürger muß dann zu den Containern gehen und die Sachen trennen. Auch hier vielleicht der Aufruf an alle, mehr an die Wirtschaft heranzugehen und sie aufzufordern, weniger Verpackungsmüll zu produzieren.

Ein Punkt geht mir ganz ab, es ist ein neuer Punkt, den wir vielleicht berücksichtigen sollten. Es ist die Energie. Wir hatten einmal im Umweltausschuß einen Vortrag von der Umweltakademie, wo wir darauf hingewiesen wurden, die Energiekennzahl in unseren öffentlichen Gebäuden festzustellen. Ich glaube nicht, daß diese vorhanden sind. Es wurde uns noch nie etwas dergleichen gezeigt. Es gibt auch in unserem Haus hier keine Raumthermostate. Es wird geheizt und es werden die Fenster geöffnet. Es ist hier sicher in Zeiten des Sparens ein Potential vorhanden. Wir sollten als Vorbildwirkung schauen, daß wir in unseren eigenen Objekten die Energiekennzahlen erheben und nachschauen, wo wir hier sparen könnten. Es wurde uns gesagt, schon alleine die Information an die jeweiligen Liegenschaftsverwalter bewirkt eine Einsparung, aber was dann bei baulichen Veränderungen noch eingespart werden könnte, das kann man sich vorstellen. Ich glaube, das ist eine

Investition in die Zukunft. Ich denke auch an andere alternative Energieformen. Wir müssen langsam daran denken, so wie die Stadt Wels, Förderungen für andere Energieformen zu geben. Ich denke hier an Solarenergie, Hackschnitzel, Biogas etc. Die Stadt Wels hat das schon seit 2 Jahren. Wir in der Stadt Steyr haben Stadtteile die prädestiniert sind. Wir haben im Resthof und am Tabor Flachdächer, wir haben sogar ein riesiges öffentliches Gebäude (das kommunale Zentrum) mit Flachdach. Wir sollten einmal überlegen, wo kann ich hier Sonnenkollektoren einsetzen. Das es in der Altstadt aus Denkmalschutzgründen nicht so einfach ist, ist klar. Aber wir haben andere Gelegenheiten genug.

Abschließend zum Umweltbericht gehen mir ein bißchen die Zusammenfassungen der einzelnen Kapitel ab und am Schluß eine generelle Zusammenfassung.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Herr Koll. Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Anscheinend fruchtet es, wenn man jahrelang darauf hinweist, welche Mängel der Umweltbericht hat und gehabt hat. In diesem Punkt möchte ich Hrn. StR. Ing. Spanring gratulieren, daß er auf unsere Forderungen eingegangen ist und vor allem dann im nächsten Umweltbericht angekündigt hat, Trends und Vorausschauungen zu machen. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder gefordert und jetzt wird es zumindest angekündigt. Ob der Hr. Koll. StR. Bremm das so umsetzen wird, ist dann seine Sache. Es ist eine Art Vertrauensvorschuß.

Ich möchte nicht sehr lange über diesen Umweltbericht sprechen, da die Zeit ziemlich fortgeschritten ist. Ich möchte aber einen Punkt herausheben, der bereits schon einmal erwähnt wurde - das Ozon.

Im Umweltbericht auf Seite 12 gibt es eine ganz interessante Tabelle. In der vorletzten Tabelle gibt es einen Überblick über die verschiedenen Jahresmittelwerte des Ozons, und daraus ersehen wir, daß sich zwischen 1991 und 1994 die Ozonentwicklung vom Wert 97 mg/m³ auf 138 entwickelt hat. Das sind schon innerhalb von 3 Jahren fast 40 %, und das sollte uns zu denken geben.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wenn wir das letzte und vorletzte Jahr vergleichen, bitte. Das ist aussagekräftiger!

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Es geht darum, daß man nicht nur diese Tabelle vergleicht, sondern sich einmal Gedanken über die Ozonentwicklung insgesamt macht. Da gibt es einen Ozongrenzwert, der liegt bei 200 mg und dann gibt es einen Vorsorgewert, der liegt bei 120 mg. Dieser Vorsorgewert ist ein empfohlener Wert der Akademie der Wissenschaften. Dieser Wert besagt, daß bei Kleinkindern und Kranken Schädigungen

auftreten können, wenn dieser Wert überschritten wird. Dieser Wert wurde z.B. im August 9 x und im Juli 14 x überschritten, d.h., voriges Jahr hat es eine stärkere Ozonbelastung gegeben, und da hat es sicherlich Überschreitungen in diesem Ausmaß gegeben. Das interessante ist die Ozondauerbelastung. Wenn diese ziemlich hoch liegt, bedeutet das auf einen längeren Zeitraum hinaus eine gewisse Schädigung von Kranken und Kleinkindern. Es wurde schon erwähnt, wer der Hauptverschuldner dieser Ozonentwicklung ist. Es ist vor allem der Autoverkehr. Hier haben wir vor allem auch bei uns einiges zu regeln, damit man den motorisierten Individualverkehr vermindert. Das haben wir im letzten Punkt schon einmal diskutiert. Es geht zwar in Steyr derzeit in eine andere Richtung. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß man in diesem Punkt die Vorreitersubstanzen für das Ozon verringert, und das kann man vor allem dann, wenn der Autoverkehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs verringert wird. Es gäbe noch einige Punkte, aber ich belasse es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen bitte? Das ist nicht der Fall.

Ich freue mich, daß der Hr. Koll. Spöck hier so positiv die Haltung skizziert, im Hinblick auf ein zusätzliches Standbein in der Wasserversorgung und dieses naheliegende Angebot sowie diese Chance über die neue Versorgungsschiene - die EKW -aufzubauen im Begriff ist, daß dieser so positiv gegenüber gestanden wird.

Ich darf sagen, daß ich mich in meiner zusätzlichen ehrenamtlichen Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der EKW natürlich bemüht habe, innerhalb des Aufsichtsrates der EKW diesem Projekt ein zusätzliches Geschäftsfeld mehrheitsfähig zu machen, und es wird hier auch von den Mietern, nämlich vom Verbund einerseits und der OKA andererseits, positiv betrachtet, allerdings erst seit dem Zeitpunkt, als ich auch durch die Stadt Steyr das Interesse an einer solchen zusätzlichen Versorgung angekündigt habe.

Natürlich sind alle Umweltaktivitäten wirklich wichtig und bedeutsam, aber die Reinhaltung des Wassers und die Vorsorge für ausreichende Trinkwasserquantitäten scheint mir etwas vom Wichtigsten überhaupt zu sein. Besonders wenn man so hört, wie letzte Woche der Bürgermeister von Wolfers hier war und auch seine Sorgen mit der Nitratbelastung erklärt hat und die Frage gestellt hat, ob wir nicht irgendwann daran denken könnten, eben auch Wolfers mitzuversorgen. Ich habe ihm gesagt, das würde aus meiner jetzigen Sicht erst denkbar sein, wenn wir so eine zweite Versorgungsschiene hätten. Es wäre dann für ihn viel günstiger, weil wir natürlich mit unserer jetzigen Trinkwasserversorgung und unserem Leitungsnetz bereits nahe Wolfers liegen. Aber gegenwärtig glaube ich, daß unsere Brunnen überfordert wären, würde man einen solchen Anschluß ins Auge fassen.

Noch eine Wortmeldung? Bitte Herr GR. Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat.

Lassen sie mich einen kurzen Nachsatz zum Kapitel Wasserversorgung machen. Es ist durchaus legitim, wenn die Ennskraftwerke hier forschen und schauen, wo unsere Reserven liegen, und welche Möglichkeiten wir in Zukunft, bei der ständigen Verschlechterung aufgrund landwirtschaftlicher Einbringungen etc., unserer Gewässer, welche Perspektiven wir haben. Wir müssen uns trotzdem auf das Wasser schauen.

Nach diesem Symposium in Garsten gab es aber prompt einen oder zwei Tage darauf Meldungen aus dem Ennstal, wo darauf hingewiesen wurde, daß die Kanalisierung ohnehin zu teuer ist und die ganzen Pestizidwerte sind alle zu niedrig angesetzt. Das ist genau dieser Effekt, der dann eintritt, wenn man sozusagen etwas offeriert, was meiner Ansicht nach eine unserer letzten Reserven sein sollte. Primär geht es darum, daß wir schauen, daß wir die Gewässer, die wir auf unserem Gemeindegebiet haben, solange wie möglich rein halten. Nur als letzten Ausweg könnten wir auf diese Reserve, die die Ennskraftwerke hier anbieten, zurückgreifen, weil die nächste Alternative wäre dann unser Trinkwasser nur mit sehr hohen mechanischen und chemischen Mitteln aufzubereiten, was sich, abgesehen vom gesundheitlichen Draht dieses Lebensmittels, auf das Stadtbudget äußerst negativ auswirken würde.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung?

Schlußwort, Hr. Referent bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Schmutzwasser oder Gebrauchswasseraufbereitung logischerweise wird selbstverständlich ein Projekt, vor dem man sich einfach nicht verschließen wird können, mit allen Gegebenheiten, die dann dazu zu diskutieren sind. Es wurde im Umweltausschuß darüber schon gesprochen und wird sicherlich ein Kapitel der nächsten Zeit sein.

Betreffend den Hrn. Koll. Fürweger möchte ich fast sagen; das ist typisch. Ich glaube, man kann im Protokoll nachlesen. Ich habe niemals gesagt, daß der Umweltbericht schlanker werden soll, ich habe nie gesagt, daß wir nur von Luft und Wasser reden sollen und dann hat es sich schon. Aber das ist so typisch, wie man dann mit dem Ganzen so umgeht.

Grundsätzlich habe ich gesagt, der Umweltbericht, der in dieser Art und Weise nur als berichtender Bericht gilt, kann nicht die Zukunft sein. Es kann nur ein Umweltbericht in seiner Gesamtheit gegeben sein, auch mit Berichten aus der Vergangenheit und aufgebaut auf die nächsten Projekte, die man entsprechend entwickeln möchte, was Wasser, Verkehr, Energie, Luft, Abfall, einfach alles betrifft, das einfach moderne, zukunftsorientierte Umweltberichte mit sich bringen. Hier wird es äußerst schwierig sein, den in einem Jahresrythmus darzustellen.

Weil sie angesprochen haben, was der Rechnungshof gebracht hat. Es ist an sich richtig, daß im letztgültigen Schreiben des Rechnungshofes nach der Letztbearbeitung das so drinnen steht. Was im Endeffekt der Rechnungshof in seiner ganzen Tätigkeit im Magistrat über den Umweltbericht gebracht hat, sprach er sehr wohl von einer quartalsmäßigen oder von einer zweijährigen Berichterstattung. Auch im Hinblick dessen, falls wir wirklich ein Programmheft aufarbeiten wollen, wird es innerhalb von einem Jahr sehr schwierig sein, hier entsprechende Inhalte hineinzulegen.

Ich habe auch gesagt, der Landesumweltbericht hat eine Dauer von 5 Jahren. Der letzte war 1990, heuer 1995 ist der nächste gekommen. Das werden wir uns sicher nicht antun oder antun können. Ein 2-Jahresbericht, denke ich, kann mit allen Facetten durchgeführt werden. Die angesprochenen Förderungen sind grundsätzlich zu unterstützen. Das liegt aber in ihrer Fraktion, bei den kommenden Budgetverhandlungen darüber zu befinden. Wenn ich nur an die Zahlen des alten Budget von 1995

mit S 936 Mio. denke und dann in die Vorplanung für 1996 nur S 909 Mio. z.B. im o.H. hineinzugeben, dann frage ich mich, wo wir am Ende das Geld herbringen müssen. Wie gesagt, das werden die zukünftigen Budgetverhandlungen bringen.

Die Stadt Wels führt im Stadtgebiet von Wels Maßnahmen zum Schutz der Umwelt nach Maßgabe der hierfür im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Mittel, im Rahmen des freien Ermessens durch. In dieser Art und Weise kann ich mir das durchaus vorstellen. Ich glaube aber, daß niemanden geholfen ist, in Form von Lippenbekenntnissen irgend etwas hinzustellen, sondern das muß Hand und Fuß haben. Wenn ich ein Projekt entwickle und sage, ich habe die Mittel zur Verfügung, dann muß ich die durchaus notwendigen, auch energiepolitischen Maßnahmen entsprechend der Stadt Steyr fördern.

Betreffend Ozon ist grundsätzlich gar nichts dazu zu sagen. Es ist richtig, die Problematik haben wir, aber nicht nur die Stadt Steyr, sondern das ist eine europaweite und weltweite Problemstellung. Es ist aber auch nicht richtig, wenn wir als Steyrer sagen, das blasen sie uns nur herüber. Auch wir blasen ein bißchen etwas hinaus. Die Leute aufzurufen und zur Vernunft zu bewegen, ist ein kleines Mittel um hier mitzuwirken. Man wird sich sicherlich intensiver damit auseinandersetzen müssen.

Ich möchte sie trotzdem bitten, den Umweltbericht zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, ob der Umweltbericht in der vorliegenden Art zur Kenntnis genommen wird.

Wer in dieser Hinsicht agieren möchte, hebe zum Zeichen der Zustimmung die Hand. Danke sehr.

Gibt es gegenteilige Meinungen? Nicht der Fall.

Stimmenthaltungen wird nicht geübt.

Ich danke dem Hrn. Koll. STR. Ing. Spanring.

Nächster Hr. Koll. STR. Tatzreiter bitte.

BERICHTERSTATTER STR. LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

In meinem Antrag geht es um einen Ankauf von Ersatzbatterien für unseren Wetrok-Scheuersaugautomaten Triomatic 813 -, der in der Sporthalle Tabor eingesetzt ist.

Es sind uns leider, wie schon im Amtsbericht hingewiesen, Zellen ausgefallen und daher ist es notwendig, diese Panzerrohr-Batterien zu ersetzen. Diese 3 Stk. kosten lt. Angebot der Fa. Heiz-Bösch S 29.582,28 excl.Ust. Im Zusammenhang des notwendigen Einsatzes, weil sie kurzfristig ausgefallen sind, hat es einer Dringlichkeit bedurft, und ich darf sie bitten, die Dringlichkeit mit zu unterstützen.

Es ergeht daher der Antrag an den Gemeinderat:

10) GHJ 1 - 6/95 Ankauf von Ersatzbatterien für Wetrok-Scheuersaugautomat Triomatic 813 - Sporthalle Tabor

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. f. Liegenschaftsverwaltung vom 4. 9. 1995 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Heiz-Bösch, Leonding, zum Ankauf von 3 Stück Panzerrohr-Batterien für die Sporthalle Tabor sowie Freigabe von S 9.000,-- bei der VSt. 1/2630/618000.4 und die Genehmigung einer Kreditübertragung von S 21.000,-- von der VSt. 1/2120/700000.5 auf VSt. 1/2630/618000-4 zugestimmt.

Infolge der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr.

Gibt es eine gegenteilige Meinung oder Stimmenthaltung? Nicht der Fall.

Der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

Ich gebe nun den Vorsitz an die Frau Koll. Vizebürgermeisterin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates.

In Anbetracht des Umstandes, daß Herr Koll. Zagler ausgeschieden ist, bringe ich seinen Antrag, der im Stadtsenat bereits beschlossen ist, betreffend der Bestellung von neuen Mitgliedern im Sicherheitsausschuß vor. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, dieser möge beschließen:

11) Pers-1453/91 OÖ. Gemeindebediensteten - Schutzgesetz - Änderung in der Zusammensetzung des Sicherheitsausschusses

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA. Personalverwaltung werden im Sinne des OÖ.

Gemeindebediensteten-Schutzgesetzes die Bediensteten OMR Dr. Martina Kolar-Starzer als Vorsitzende und OMR Mag. Helmut Golda als Stellvertreter auf die Dauer der restlichen Funktionsperiode des Gemeinderates als Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, gibt bitte ein Zeichen mit der Hand.

Wird Stimmenthaltung geübt? Keine.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnungspunkte angelangt. Die Summe der Verhandlungsgegenstände betrug S 59,369.000,--.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER UND GEMEINDERAT HANS DIETER GÖTZ
VERLASSEN UM 17.50 Uhr DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zum Tagesordnungspunkt 12) - Aktuelle Stunde

Beginn der Aktuellen Stunde: 17.50 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Heute hat uns ein Verkehrsthema schon längere Zeit beschäftigt.

Ich möchte zu einem weiteren Verkehrsthema Stellung nehmen. Nämlich zur Situation im Steyrdorf, in dem sich eine Fußgängerzone befindet. Es hat im Zusammenhang mit der Verordnung dieser Fußgängerzone verschiedene unterschiedliche Positionen gegeben. Das war nicht nur damals so, obwohl es aus diesem Stadtteil vorgeschlagen wurde, es ist auch heute noch so. Der Verkehrsausschuß hat sich in einer ganzen Reihe von Sitzungen mit dieser Materie beschäftigt und hat gerade heuer im Sommer wieder einmal einen einstimmigen Beschluß gefaßt: die Situation so zu belassen, wie sie jetzt ist und wie sie verordnet ist.

Einige, eine verhältnismäßig große Anzahl von Kaufleuten und Geschäftsleuten aus diesem Bereich, hat neuerlich eine Eingabe beim Magistrat gemacht, daß hier eine Änderung vorgenommen werden soll und eine Modifizierung dergestalt stattfinden soll, daß hier Wohnstrassenregelungen in der Gleinker Gasse, in der Kirchengasse und in der inneren Sierninger Straße eingeführt werden sollten.

Sie haben gebeten, daß der Verkehrsausschuß sich mit dieser Materie neuerlich beschäftigt. Nachdem der Zeitpunkt des Eintreffens dieser Eingabe sehr kurz vor der letzten Verkehrsausschußsitzung war, das hat mir jedenfalls der Verkehrsreferent Dr. Pfeil berichtet, war er nicht in der Lage, dieses Thema in der letzten Verkehrsausschußsitzung zu behandeln.

Nun hat er die Überlegung entwickelt, daß eine Befragung der Bewohner, der Bevölkerung und der Kaufleute und zwar eine 100 %-Befragung in diesem Stadtteil - mit mehreren Fragen - durchgeführt werden sollte. Diese Modifizierung der Verordnung betreffend eine Auflockerung der Fußgängerzone nach mehreren Gesichtspunkten - 3 Fragen insgesamt und eine Fragestellung ist auch: „Wollen sie, daß der gegenwärtige Zustand beibehalten wird?“ Er hätte gerne ein Schreiben des Verkehrsreferenten an alle Bewohner in diesem Bereich gerichtet.

Nun ist es aber natürlich so kurz nach dieser Verkehrsausschußsitzung schon ein sehr einsamer Vorgang, ein Bürgerbeteiligungsverfahren in einen ganzen Stadtteil durchzuführen. Das ist meiner Meinung nach schon ein Thema mit dem sich der Gemeinderat bzw. jedenfalls der Stadtsenat, der hier nach Meinung unserer Juristen zuständig wäre, beschäftigen sollte.

Ich begrüße den Hrn. Kollegen StR. Karl Holub.

STADTRAT KARL HOLUB TRIFFT UM 17.52 UHR EIN.

Nachdem Herr Dr. Pfeil in der Verkehrsausschußsitzung am 19. gerne dieses Thema neuerlich behandeln möchte und in der Zwischenzeit kein Verkehrsausschuß stattfindet - nämlich in diesem Bereich müßte zumindest eine Diskussion stattfinden - wäre ich dafür, daß sich nächste Woche in der nächsten Stadtsenatssitzung, der Stadtsenat mit diesem Thema beschäftigt und eben den Beschluß herbeiführt, wenn dort eine Mehrheit dafür vorhanden ist, ein Bürgerbeteiligungsverfahren im Stadtteil Steyrdorf durchzuführen.

Ich sage auch dazu, daß ich inhaltlich mit dieser Vorgangsweise durchaus einverstanden bin, weil ich mich erinnere, daß wir das schon einmal im Jahre 1992 gerne getan hätten. Dort hat es aber keine Mehrheit für eine solche Vorgangsweise gegeben. Ich sehe daher auch nicht ein, daß jetzt eine Einzelperson, wer immer das auch sei, eine Totalumfrage macht. Es ist ein Thema zu unterschiedlichen Positionen und es sollte von einem Gremium, nämlich dem zuständigen, nach Meinung unserer Juristen, im Stadtsenat beredet und allenfalls beschlossen werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand von der FPÖ Fraktion das Wort? Nicht der Fall. VP-Fraktion? Herr STR. Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das kann ich gleich von hier aus sagen. Prinzipiell bin ich mit dem Vorschlag einverstanden. Ich glaube auch, daß der Stadtsenat sich um dieses Thema annehmen sollte, und daß wir dann eine offizielle Befragung durchführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Von den Grünen?

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich habe schon einmal vor einer Woche diesen Vorschlag in einem Nebengespräch gehört und möchte dazu folgendes sagen: Wir haben nichts gegen ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Wir sind froh, daß sich in diesem Bereich endlich wieder einmal etwas tut. Bis jetzt war immer wenig Bewegung zu bemerken und es wäre endlich eine Chance, in diesem Bereich eine Aktion zu zeigen. In Steyrdorf wird der Verkehr wiederum als Vorwand für andere Probleme genommen. Es gibt vor allem Infrakstrukturprobleme usw., und ich weiß nicht, ob man die Probleme in Steyrdorf dadurch lösen wird, wenn man die Verkehrsregelung ändert. Prinzipiell haben wir nichts gegen dieses Bürgerbeteiligungsverfahren, nur sollte mehr passieren, als diese eine Aktion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hat zur Aktuellen Stunde die FPÖ-Fraktion noch etwas? Nicht der Fall. Die ÖVP-Fraktion? Herr GR. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Ich möchte sage, wenn das Herz voll ist, es geht der Mund über. Darum drängt es uns einfach heute, auch zu dieser späten Zeit, in der Aktuellen Stunde ein Thema vorzubringen.

Das Thema unserer Aktuellen Stunde ist das offene Jugendkulturzentrum. Seit Monaten geht die Diskussion zwischen zwei Vorschlägen hin und her und immer wieder wurden Vorteile und Nachteile aufgezeigt. Wenn ich nur an die Stadtgut-Vorteile denke. Ich mache es ganz kurz. Die Alleinlage, die freie Entfaltungsmöglichkeit draußen und eine schnelle Realisierbarkeit. Das waren Vorteile des Stadtgutes. Nachteile wurden genannt: Ghettobildung, für nichtmotorisierte Jugendliche kaum eine Erreichbarkeit möglich und was auch immer wieder gesagt wurde, keinerlei umliegende gastronomische Infrastruktur.

Reithofferwerke - Vorteile: Zentrumsnähe, große räumliche Kapazitäten. Als Nachteile wurden aufgezeigt: Es gibt für das gesamte Areal noch kein Nutzungskonzept. Das Nutzungskonzept für das Objekt selbst scheint zu Konflikten zu führen, da die Nutzergruppen doch sehr unterschiedlich sind. Ein weiterer Nachteil erscheint uns, daß es enorm hohe Adaptierungskosten gibt, da ja die Basis Infrastruktur dort fehlt. Wir meinen auch, daß aufgrund der räumlichen Bedingungen eine freie Entfaltung für Jugendkultur nur beschränkt möglich ist. Wir meinen auch, bei der zu erwartenden, verdichtenden Bauweise des Gesamtareals, wird es zu Anrainerkonflikten kommen. Nur ganz kurz eine Zusammenfassung dessen, was bis jetzt diskutiert wurde.

Wir haben uns sehr intensiv mit diesem Projekt beschäftigt und haben einen neuen, einen anderen oder besseren Standort gesucht und meinen, im Areal des ehemaligen Gaswerkes das Idealgebiet für

ein offenes Jugendkulturzentrum gefunden zu haben. Noch dazu haben wir gehört, daß etwa 1996 die Übersiedlung des Wasserwerkes in das Kommunalzentrum stattfinden soll, sodaß auch eine rasche, schnelle Realisierbarkeit möglich sein könnte.

Was sehen wir an großen Vorteilen? Es ist ein sehr großes Areal mit mehreren Gebäudekomplexen und unterschiedlichen Nutzungszonen. Es ist in weitgehenden Maßstäben eine spätere Weiterentwicklung möglich. Das Objekt selber ermöglicht eine große Beteiligung der Jugendlichen bei der Adaptierung. Weiters ist das Gebäude in einem Baukastensystem gebaut, sodaß jederzeit, ohne größere Kosten, erweitert und ausgebaut werden kann. Die Zentrumsnähe ist absolut gegeben. Die Erreichbarkeit mit, oder von öffentlichen Verkehrsmitteln, ist auch gegeben. Ein wesentlicher Vorteil ist, daß das Areal auf drei Seiten, trotz der großen Zentrumsnähe, ohne Wohnanrainer ist. Weiters sind ausreichende Probe- und Vereinsräumlichkeiten gegeben. Das Zentralgebäude hat eine Gesamtnutzfläche von 989 m². Die gastronomische Infrastruktur im Stadtteil Wehrgraben ist gegeben und der Betrieb für 200 - 250 Personen kann ohne hohe anfängliche Adaptierungskosten ganz, ganz rasch aufgenommen werden.

Wir haben aber nicht ins Blaue überlegt und ins Blaue gedacht, sondern wir haben auch versucht, wirklich Grundlagen zu erarbeiten. Herr Arch. Hermann Proyer hat das Hauptgebäude untersucht und kam zu einem phantastischen Untersuchungsergebnis. Diese 989 m² passen vorzüglich für die Zwecke eines offenen Jugendkulturhauses. Es wurde 1976 in einer Skelettbauweise errichtet und kann deshalb leicht adaptiert werden. Hr. Arch. Proyer errechnete dann einen Ausbau in 4 Stufen und dazu Kostenrahmen. Die erste Ausbaustufe hat einen Kostenrahmen von S 760.000,--, also weitaus günstiger als z.B. das Reithofferwerk das bringen könnte. Auch wäre in der ersten Ausbaustufe schon ein Saal mit etwa 145 m² zu gewinnen, man müßte nur einige Mauern abreißen.

Im Obergeschoß sind 240 m², die auch für Probelokale sofort genützt werden könnten.

Wir haben es aber nicht nur von der Theorie her betrachtet, sondern haben es auch schon mit Jugendlichen beobachtet. Wir haben die Jugendlichen es besichtigen lassen und haben auch hier die große Zustimmung vieler, vieler Jugendlicher, sowie auch der Vertreter des Trägervereines, gefunden.

Man könnte sagen, bei unserer momentanen Budgetbelastung müßte man vielleicht auch überlegen, ob nicht auch Fremdfinanzierungen in diese Richtung hin möglich wären. Auch müßte man überlegen, wie es mit einer Selbstverwaltung eines solchen Jugendzentrums gehen könnte. Man könnte sich vorstellen, daß man den Lehrgang für Kultur- und Kongreßmanagement an der HBLA solche Vorschläge für ein Nutzungs- und Verwaltungskonzept erarbeiten lassen könnte.

Die Fraktionsobmänner haben unsere Unterlagen zu Beginn der Woche zugeschickt bekommen. Wenn man nur die erste Ausbaustufe ansieht, so wäre ein Foyer incl. Kaffee mit Kassa, Garderobe, Proberaum, der Saal mit den 145 m², Garderobe für Akteure, Sanitätsdusche weiblich, Sanitätsdusche männlich, Teeküche, ein großer Gang und die Stiege hinauf, so wären also 500 m² vorhanden. Die Umbau- oder Adaptierungskosten wären etwa S 763.000,--.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die großen Vorteile, die dieses Haus bietet, wären einfach die, die man von einem Jugendkulturzentrum fordert. So ein Jugendkulturhaus sollte kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten für alle interessierten Steyrer Jugendgruppen bieten, dazu ist ein ausreichend großes Areal Voraussetzung. Das alles ist im Gaswerk gegeben. Die freie Entfaltungsmöglichkeit und ein hohes Maß an Selbstverantwortung der Jugendlichen bei der Gestaltung und Führung solch eines Hauses ist hier im Gaswerk gegeben. Schnelle Realisierbarkeit bei möglichst geringer Verwendung öffentlicher Mittel, auch das wäre im Areal Gaswerk gegeben. Zentrumsnähe, die eine leichte bei Tag und Nacht mögliche Erreichbarkeit gewährleistet, auch das wäre im Areal Gaswerk gegeben. Trotz dieser Zentrumsnähe sollten mögliche Konflikte mit Anrainern minimiert werden, auch das wäre im Gaswerk gegeben.

So meinen wir also, daß wir hier eine wirklich gute Sache vorgefunden haben, möchten aber das nicht im Alleingang tun, sondern wir laden wirklich alle Fraktionen ein, mit uns das zu überlegen und zu machen. Wir meinen aber schon, und es ist uns sehr ernst, daß das nun wirklich eine ganz, ganz gute Sache wäre. Darum möchten wir im nächsten Gemeinderat einen Antrag - am liebsten wäre es uns, wenn wir es mitsammen machen könnten - einbringen, der so lauten könnte:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1) Die in der Gaswerksgasse untergebrachten Teilbetriebe der Stadtwerke, Gas- und Wasser, sind bis 30. 6. 1996 in das „Kommunalzentrum Ennserstraße“ zu übersiedeln. Die dafür erforderlichen Mittel sind im Budget 1996 vorzusehen.

2) Die derzeit von den Teilbetrieben der Stadtwerke Gas- und Wasser in der Gaswerksgasse genutzten Flächen und Objekte werden für die Adaptierung eines offenen Jugendkulturzentrums zweckgebunden.

So würde etwa der Antrag lauten, von dem wir überzeugt sind, daß er technisch sicherlich möglich ist. Politisch ist die Frage, und wir meinen, es wäre zu schaffen. Wir sind auch überzeugt, daß das sicher eine wirklich gute Sache wäre. Deswegen haben wir es heute gesagt und wollen nicht den Weg gehen, daß man dann sagt, aus Zeitmangel hat man den dort nicht getroffen. Wir stellen es heute vor, bitten wirklich alle Fraktionen um Zusammenarbeit und würden gerne so um den 7. November den Antrag abgeben, damit er noch rechtzeitig für den nächsten Gemeinderat möglich ist.

Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? SP-Fraktion, Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Eines muß ich schon sagen zum Herrn Koll. Lengauer: „Wenn er so einen Höhenflug macht, ist man schon versucht, gleich mitzufliegen“.

Die Schwierigkeit ist natürlich die, daß nicht alle gleich so schnell in ein Projekt hineinsteigen können, mit welchen ihr euch so intensiv und offensichtlich so lange beschäftigt habt. Das es hier in gedruckter Form vorliegt und heute bei den Messetagen ausgestellt wurde, ist eigentlich großartig, auch wie euch das gelungen ist, so lange geheimzuhalten. Weil ich muß sagen, ich habe das zum erstenmal in dieser Woche am Montag in den Oberösterr. Nachrichten gelesen und habe mir gedacht, siehe da, noch ein Vorschlag. Ich bin schon ein bißchen überrascht darüber, daß das nicht bei unserer Budgetklausur am Samstag zur Sprache gekommen ist. Es ist nicht zur Sprache gekommen von den Vertretern der ÖVP, als wir über die ungeheuren Schwierigkeiten diskutiert haben, nämlich die Adaptierung des neuen Kommunalzentrums zu finanzieren und diese Mittel dafür aufzuwenden. Das ist also schon ein wenig ein Widerspruch, wenn ich mir die intensive, langzeitige Beschäftigung so vor Augen halte, von der sie reden und von dem, was in der Präsentation hier geschehen ist.

Ich möchte wirklich sagen, daß auch aus meiner Sicht, wo ich die Räumlichkeiten aus einigen Besuchen kenne, diese durchaus für ein solches Zentrum geeignet erscheinen. Daß das gleich auf dem

Konzept des Steyrer Stadtwappen drauf ist, und daß hier offensichtlich der Herr Arch. Proyer viele Stunden diese Räumlichkeiten studiert hat, ohne daß es der Herr Magistratsdirektor weiß, und auch ich keine Ahnung hatte, ist schon ein bisserl merkwürdig. Er hätte sich zumindest, wenn man schon so vergleichende Studien macht, auch das Reithofferhaus und das Stadtgut anschauen müssen. Das ist offensichtlich nicht in der Form geschehen. Ich weiß natürlich, nicht der Herr Arch. Proyer, sondern die Frau Arch. Proyer, die hat durchaus ein Interesse entwickelt, hier vielleicht im Zuge eines Projektes Nutzungsmöglichkeiten für das Reithofferhaus z.B. zu erstellen. Das hat Jahre vorher auch schon der Herr Arch. Falkner getan, und ich bin überzeugt, wir bekommen Architekten genug, wenn wir sie einladen hier nachzudenken und Projekte zu machen. Ich sehe nur, daß die Dinge nicht so einfach sind. Ich sehe nur, daß man vor 2 Jahren eigentlich überhaupt keines dieser Liegenschaften bzw. dieser Objekte zur Verfügung gehabt hätten. Nämlich erst durch unsere Aktivitäten, das Stadtgut und die Haupttreppe zu kaufen und dadurch Räumlichkeiten freizubekommen, sowie das Reithofferhaus zu kaufen, dadurch gibt es überhaupt erst Möglichkeiten und Alternativen, so einer Schaffung eines Jugendkulturzentrums näher zu treten.

Es ist für mich nicht gleich nachvollziehbar, daß hier auch Fremdfinanzierungen so locker mit ins Spiel gebracht werden. Darüber hätte ich natürlich gerne mehr gewußt. Es wäre das feinste, wenn jemand kommt und hier finanziert.

Ich möchte auf Anrainerkonflikte, die beim Reithofferwerk sehr herausgestellt wurden, antworten: Die Rockkonzerte beim Anker sind eben auch nicht ohne Anrainerkonflikte in der Vergangenheit passiert. Ich war oftmaliger Ansprechpartner dieser Anrainer, die das auch nicht gerade mit Begeisterung miterlebt haben. Es ist auch in unmittelbarer Nähe vom Gaswerkareal. Ich sage, es ist „eine“ Möglichkeit, über die man sicher diskutieren wird müssen.

Ich sehe nur 2 wirkliche Probleme; Nämlich die, daß unsere Planung bei der Übersiedlung unserer Betriebe in das neue Kommunalzentrum vorsieht, daß das Wasser- und Gaswerk der letzte dieser Betriebe ist. Das deswegen, weil er von allen Betrieben der Stadt derzeit dort am besten untergebracht ist. Hätten alle unsere Unternehmungen so eine Behausung oder Unterkunft wie das Wasser- und Gaswerk gehabt, so hätten wir das Kommunalzentrum (die Repa) nicht kaufen müssen, denn aufgrund dessen, daß hier die Umstände - oftmals hier diskutiert, z.B. der Garagenbereich der Verkehrsbetriebe, die Gelenkbusse nicht hineingehen, das Service im Freien gemacht werden muß, die Absaugungen nicht funktioniert haben - wirklich desolat sind und den Anforderungen nicht entsprechen. Ich erinnere mich an sie Hr. Koll. Fürweger, wie sie das zu Recht zum Thema gemacht haben, und wir haben hier eigentlich nur vom Arbeitsinspektorat eine aufschiebende Wirkung irgendwelcher Konsequenzen erreichen können, weil wir eine Übersiedlung in das neue Kommunalzentrum ins Auge gefaßt haben, und das tatsächlich auch passieren soll. Es ist vorgesehen, daß natürlich als nächster die Verkehrsbetriebe dorthin kommen. Es ist vorgesehen, daß als übernächster der Wirtschaftshof und die Gärtnerei dorthinkommen. Wer sich für diese Dinge einigermaßen interessiert hat, der weiß, daß dieses ganz alte Bauernhaus mit den Anfängen aus dem Mittelalter, natürlich nicht die optimale Heimstätte für ein modernes kommunales Service ist und es höchste Eisenbahn ist, daß wir diese Betriebe an einen anderen Platz bekommen. Aus diesen Umständen heraus heißt es, daß natürlich hinterher erst Gas- und Wasserwerk übersiedelt werden kann und unsere Planung sieht dafür etwa das Jahr 1999 vor. So sehen die Dinge aus. Bei der Ungeduld der Jugend - die ich auch ein wenig verstehe, weil sie sehr oft vertröstet wurden und zum Schluß, wenn es dann dort etwas wird, gar nicht mehr so jung sind - ist es schon ein beträchtliches Hemmnis. Also dort sehe ich bei der Realisierung einen dieser Problempunkte. Der zweite Problempunkt ist ein finanzieller. Wir haben uns natürlich vorgestellt, daß, wenn wir derart riesige Aufwendungen für die Schaffung dieses neuen Kommunalzentrums für unsere städt. Betriebe haben - wir reden von S 100 Mio. Ankaufskosten und in die Gegend von S 50 - 60 Mio. Investitionen für die Adaptierung - wir auch aus den freierwerdenden Objekten und Liegenschaften Finanzierungsbeiträge erhalten. Man müßte sich hier als Stadt in dieser schwierigen Finanzsituation davon verabschieden, daß aus diesem Areal - Gas- und Wasserwerk - Finanzierungsbeiträge kommen. Das sind die zwei wesentlichsten Punkte. Ich glaube wirklich, man muß alles in Ruhe und sachlich überlegen. Es ist hier bei der anderen Kaufentscheidung für mich und auch für andere ein Aspekt gewesen, daß hier eine

möglichst intensive Nutzung im kulturellen Bereich stattfinden kann. Durchaus auch mit manchen Problemen beladen, das gebe ich ohne weiteres zu. Aber immerhin glaube ich, daß wir, wenn wir ein Haus um S 10 Mio. kaufen und es Schritt für Schritt adaptieren wollen, dann auch möglichst viele Probleme in diesem kulturellen Bereich einer Lösung zuführen sollten. Das ist auch bei der Kaufentscheidung „Reithofferhaus“ maßgeblich gewesen. Daher wird die Diskussion wohl oder übel fortgesetzt werden müssen und man muß sich alle diese Dinge genau überlegen. Ich sehe daher jedenfalls aus meiner heutigen Sicht diese rasche Realisierungsmöglichkeit, wie das in begeisternder Weise Hr. Koll. Lengauer gesagt hat, nicht, aber eine Diskussion aller Möglichkeiten sehr wohl. Man wird wohl auch hören müssen, was dieser Vorstand des Trägervereins für die Jugendkultur dazu sagt. Ich erinnere mich, daß mein Vorschlag „Reithofferhaus“ zunächst nicht auf sehr große Begeisterung gestoßen ist. Ich habe noch kein Echo im Hinblick auf den neuesten Vorschlag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht von der FP-Fraktion jemand das Wort? Nicht der Fall. Von den Grünen? Herr GR. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren im Gemeinderat.

Ich habe diesen Entwurf auch erst gestern bekommen und war sehr erstaunt, weil ich denke es sind am Samstag schon Gespräche angeklungen, was die ÖVP in dieser Richtung betreiben will. Es freut mich prinzipiell, daß so eine Überlegung und schon der Prozeß dazu, daß es zu einem möglichen Ziel führen könnte, so in dieser Art und Weise vorliegt. Es ist sehr viel passiert. Daß ihre Fraktion es auf seine Art und Weise verkauft, ist natürlich legitimes Recht. Ich finde es prinzipiell gut. Ich finde es gut, daß auch schon mögliche Lösungsmöglichkeiten dezidiert aufgelistet sind. Es beinhaltet einen Plan über die mögliche Nutzung. Eines stört mich dabei insofern: Es werden da drinnen schon Versprechungen gemacht, und das finde ich nicht sehr gut oder seriös, wenn auf mehreren Seiten immer wieder steht, die Nutzung könnte aufgrund des beabsichtigten Umzuges der bisherigen Nutzer in den Wirtschaftshof relativ rasch erfolgen. Weiters steht: 1996 erfolgt die Übersiedlung des Wasserwerkes in das Kommunalzentrum, sodaß eine schnelle Realisierbarkeit möglich ist. Zum Punkt Fremdfinanzierung würde ich mir wünschen, daß man unter Umständen mehr Klarheit hat, wer das machen könnte. Es wäre sicher super, wenn es hier Möglichkeiten gäbe.

Mir ist jede optimale Lösung recht, wenn sie gut aufgearbeitet und gut vorbereitet ist. Auf der anderen Seite sehe ich dieses Problem insofern, wenn die Jugendlichen letztendlich zutiefst dadurch verunsichert sind, weil sie jetzt von allen Seiten hören, daß die Möglichkeit, das Gas- und Wasserwerk in das Kommunalzentrum zu bringen, erst einmal überlegt werden muß, ob das überhaupt technisch möglich ist.

Sie müssen sich vorstellen: Sie werden angerufen, sich das anzuschauen, ob es passen würde und dann bekommt man unter Umständen zu hören, es wäre im Jahr 1996 möglich und in Wahrheit ist es nicht so ohne weiteres möglich. Auch im besten Falle, wenn wir es bis Ende 1996/Anfang 1997 schaffen würden, wäre es natürlich mit einer budgetären Mehrbelastung verbunden, weil wir weitaus mehr in das Kommunalzentrum hineinstecken müßten um diesen Prozeß zu beschleunigen.

Sie schütteln mit dem Kopf Herr Direktor. Vielleicht sagen sie mir dann eine andere Alternative. Auf die wäre ich sehr gespannt. Ich denke mir, wenn man ein so sicher vorbereitetes Werk der Öffentlichkeit präsentiert, dann müßte man sich auch Gedanken machen, wie das budgetär möglich ist. Das haben sie sicher getan, steht aber nicht hier drinnen.

Noch einmal zusammenfassend:

Mir ist jede optimale Lösung recht, auch im Sinne der Jugend. Mir ist aber nicht recht, wenn man ihnen ein Zuckerl in den Mund legt und den Mund wäßrig macht auf ein Projekt, das meiner Ansicht nach noch lange nicht so in dieser Euphorie ihrer Fraktion, die ich sehr gut verstehe, durchsetzbar ist. Das ist meine Befürchtung, was dann bedeuten würde, daß wir zwar vielleicht ein sehr gutes Projekt haben, aber die, um die es letztendlich geht, die Jugendlichen, irgendwann in der Luft vertrocknen, weil man sie auf 3 oder 4 Jahre vertrösten muß.

Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es von der GAL-Fraktion noch ein Thema für die Aktuelle Stunde? Nicht mehr der Fall.

Dann, meine Damen und Herren, sind die Tagesordnung sowie die Aktuelle Stunde erschöpft. Ich danke Ihnen herzlich und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.25 UHR

-

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

-

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Anton Obrist e.h. Hans Payrleithner e.h.

Heidi Wagner e.h. Wilhelm Spöck e.h.